

Finanzieller Überblick 2024

Inhaltsverzeichnis:

1	Das Rechnungsergebnis in Kürze	2
1.1	Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2024	3
1.1.1	Erfolgsrechnung	3
1.1.2	Investitionsrechnung	3
1.2	Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2023 und Rechnung 2024	4
1.2.1	Erfolgsrechnung	4
1.2.2	Investitionsrechnung	4
1.3	Finanzkennzahlen 2020–2024	5
1.4	Ergebnis nach Behörden und Departementen	8
1.4.1	Erfolgsrechnung	8
1.4.2	Investitionsrechnung	12
1.5	Globalbudgets	15
2	Rahmenbedingungen	16
3	Die grössten Aufwandpositionen	17
3.1	Besoldungskosten	17
3.1.1	Pensenübersicht	19
3.1.2	Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen	21
3.2	Nettoaufwand für einzelne Schultypen	22
3.3	Nettoverschuldung und Zinsendienst	22
3.3.1	Nettoverschuldung	22
3.3.2	Nettozinsaufwand	23
3.4	Abschreibungen	23
3.4.1	Verwaltungsvermögen	23
3.4.2	Finanzvermögen	24
3.5	Strassenrechnung	24
3.6	Gesundheit	25
3.7	Gesellschaft und Soziales	25
4	Die grössten Ertragspositionen	29
4.1	Bundesanteile	29
4.2	Staatssteuerertrag	30
4.2.1	Entwicklung Steuerausstand	31
4.3	Nebensteuern	31

Finanzieller Überblick

1 Das Rechnungsergebnis in Kürze

Der Rechnungsabschluss des Kantons Solothurn wird seit 2012 nach dem «Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 für Kantone und Gemeinden (HRM2)» erstellt.

Die Kennzahlen werden frankengenau berechnet und die Zwischenergebnisse nach der kaufmännischen Grundregel gerundet. Dadurch kann es zu Rundungsdifferenzen kommen.

Kennzahlen (Beträge in MCHF)	RE23	VA24	RE24
<u>Erfolgsrechnung:</u>			
Betrieblicher Aufwand	2'520.1	2'593.6	2'654.5
Betrieblicher Ertrag	-2'477.5	-2'505.8	-2'667.7
Betriebsergebnis (-Ertragsüberschuss/+Aufwandüberschuss)	42.6	87.8	-13.2
Finanzaufwand	23.5	25.3	22.5
Finanzertrag	-34.7	-28.2	-27.8
Operat. Ergebnis Verwaltungstätigkeit (-Ertragsüberschuss/+Aufwandüberschuss)	31.5	84.9	-18.4
Wertberichtigungen / a.o. Aufwand/Ertrag	-0.5	0.0	0.3
Operatives Ergebnis (-Ertragsüberschuss/+Aufwandüberschuss)	31.0	84.9	-18.1
Abschreibung Finanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	58.3	112.2	9.2
<u>Investitionsrechnung:</u>			
Investitionsausgaben	97.7	109.5	88.9
Investitionseinnahmen	-11.3	-13.5	-25.7
Nettoinvestitionen	86.4	96.0	63.2
<u>Finanzierung:</u>			
Bruttoergebnis (+Cashflow/-Cashloss)	45.1	-15.5	84.1
Finanzierungsergebnis (-Überschuss/+Fehlbetrag)	41.3	111.5	-20.8
Selbstfinanzierungsgrad (Cashflow in % der Nettoinvestitionen)	52%	-16%	133%

Mit einem Aufwandüberschuss von 9,2 Mio. Franken schliesst die Rechnung 2024 um 103,1 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Gegenüber dem Vorjahr verbessert sich das Gesamtergebnis um 49,1 Mio. Franken.

Die Nettoinvestitionen liegen mit 63,2 Mio. Franken 23,2 Mio. Franken (26,8 %) unter dem Vorjahreswert und 32,8 Mio. Franken (34,1 %) unter Budget.

1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2024

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2024 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

		in MCHF
Mehraufwand (Defiziterhöhende Abweichung)		
Ergänzungsleistungen IV		8.4
Spitalbehandlungen KVG		6.9
Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug		4.8
Behinderungen inner- und ausserkantonale		4.8
Sozialversicherungen Personalamt		3.0
Gerichte Bussen/Abschreibungen		2.2
Wasserwirtschaft		2.0
Total Mehraufwand		32.1
Minderaufwand (Defizitsenkende Abweichung)		
Prämienverbilligung KVG		5.9
Kantonsstrassenbau		5.6
Globalbudgets gesamthaft		4.3
Volksschule (Mehraufwand)	+10.5	
Öffentlicher Verkehr	2.4	
Zinsendienst		3.0
Total Minderaufwand		18.8
Mehrertrag (Defizitsenkende Abweichung)		
Kantonale Steuern		97.9
Staatssteuern NP	46.9	
Staatssteuern JP	15.6	
Nebensteuern	30.4	
Bundesanteile		12.4
Verrechnungssteuer	8.0	
Direkte Bundessteuer	3.4	
Total Mehrertrag		110.3

Diese grössten Abweichungen führen zu einem um 97,0 Mio. Franken besseren Ergebnis als im Voranschlag 2024 vorgesehen. Insgesamt schliesst die Erfolgsrechnung um 103,1 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

1.1.2 Investitionsrechnung

		in MCHF
Tiefere Nettoinvestitionen		
Bildungs- und Allgemeinbauten		17.7
Spitalbauten		5.4
Informatikmittel AIO		4.9
Kantonsstrassenbau		2.6
Total		30.6

Diese grössten Abweichungen führen zu 30,6 Mio. Franken tieferen Nettoinvestitionen gegenüber dem Voranschlag 2024. Insgesamt liegen die Nettoinvestitionen 32,8 Mio. Franken unter dem Budget.

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2023 und Rechnung 2024

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen der Rechnung 2023 und der Rechnung 2024 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.2.1 Erfolgsrechnung

		in MCHF
Mehraufwand (Defiziterhöhende Abweichung)		
Globalbudgets gesamthaft		32.9
Volksschule	18.0	
Polizei	4.1	
Informationstechnologie	2.7	
Justizvollzug (Minderaufwand)	-2.1	
Spitalbehandlungen KVG		21.1
Ergänzungsleistungen IV		13.1
Volksschule		7.6
Behinderungen inner- und ausserkantonale		5.1
Kostgelder Straf-/Massnahmenvollzug		2.4
Total Mehraufwand		82.2
Minderaufwand (Defizitsenkende Abweichung)		
Kantonsstrassenbau		8.0
Finanzausgleich Einwohnergemeinden		4.0
Prämienverbilligung KVG		2.7
Total Minderaufwand		14.7
Mehrertrag (Defizitsenkende Abweichung)		
Kantonale Steuern		73.1
Staatssteuern NP	40.1	
Nebensteuern	30.3	
Staatssteuern JP	5.9	
Grundstückgewinnsteuer (Minderertrag)	-2.1	
Bundesanteile		48.8
NFA	27.3	
Anteil Verrechnungssteuer	12.4	
Direkte Bundessteuer	8.4	
Total Mehrertrag		121.9

Diese grössten Abweichungen führen zu einem um 54,4 Mio. Franken besseren Ergebnis als 2023. Die Abweichung zum Vorjahr beträgt insgesamt 49,1 Mio. Franken.

1.2.2 Investitionsrechnung

		in MCHF
Tiefere Nettoinvestitionen		
Bildungs- und Allgemeinbauten		11.6
Hochbauten Strassenrechnung		7.6
Spitalbauten		5.5
Total		24.7

Die grössten Abweichungen führen zu 24,7 Mio. Franken tieferen Nettoinvestitionen als im Vorjahr. Insgesamt fallen die Nettoinvestitionen 23,2 Mio. Franken tiefer aus als 2023.

1.3 Finanzkennzahlen 2020–2024

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2020 bis 2024.

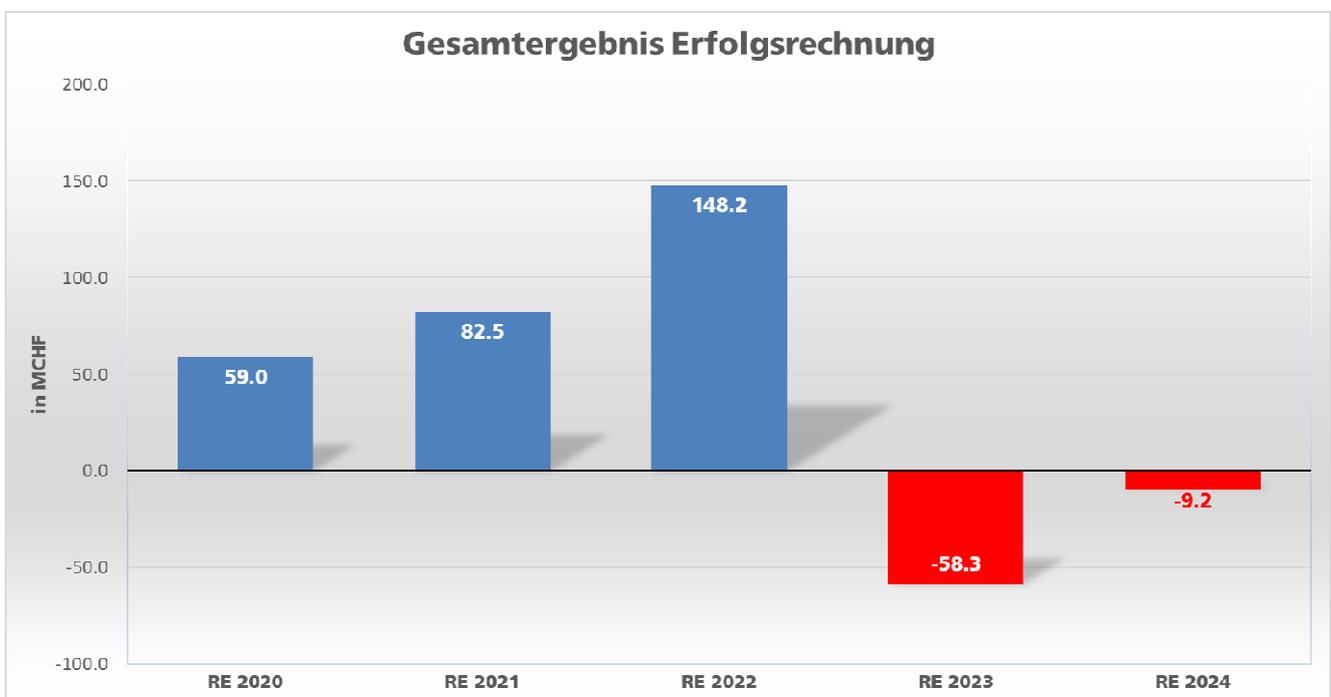
Kennzahlen (in MCHF)	2020	2021	2022	2023	2024
Operativer Cashflow	-124.3	-170.7	-238.3	-44.6	-84.4
Abschreibungen ¹	59.8	60.9	62.8	76.1	65.9
Operat. Ergebnis aus Verw.tätigkeit	-64.4	-109.8	-175.5	31.5	-18.4
Wertberichtigung Finanzvermögen ²⁺³	- 21.9	0	0	-0.5	0.3
Operatives Ergebnis ER	-86.3	-109.8	-175.5	31.0	-18.1
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis	-59.0	-82.5	-148.2	58.3	9.2
Nettoinvestitionen⁴	93.6	75.7	86.5	86.4	63.2
Finanzierungsergebnis	-52.5	-95.0	-151.8	41.3	-20.8
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	133%	225%	276%	52%	133%
Gesamtabschreibungssatz	3.8%	3.8%	4.7%	5.1%	4.8%
Nettoverschuldung	1'293.6	1'198.5	957.7	999.2	978.1
Dito, in Franken pro Einwohner	4'643	4'259	3'350	3'459	3'356
Nettozinsaufwand	16.7	17.0	13.4	10.4	11.3
Nettozinsaufwand in % der Staatssteuern	2.0%	2.0%	1.5%	1.1%	1.2%
Eigenkapital	416.9	526.7	702.1	671.1	689.3
EinwohnerInnen per Ende Jahr	278'640	281'415	285'901	288'836	291'407

¹ ohne Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO (27,3 Mio. Franken)

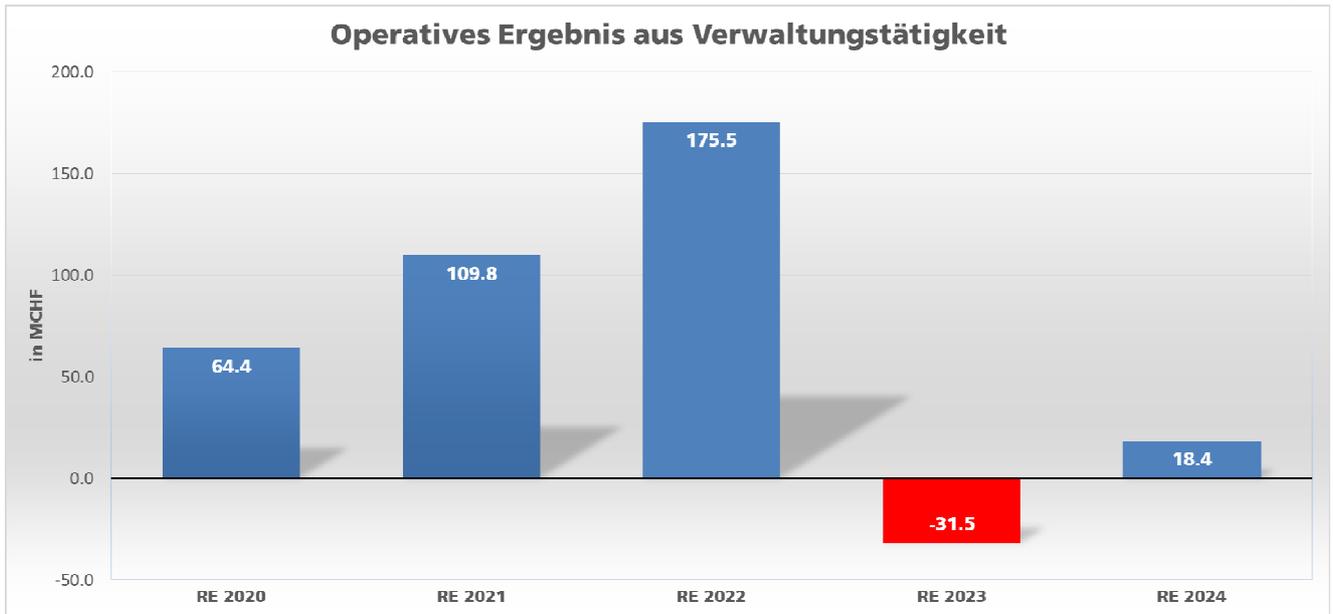
² 2020: Verkauf Alpiq-Aktien mit Kursgewinn

³ umfassende Neubewertung des Finanzvermögens per 31.12.2023 (alle 5 Jahre)

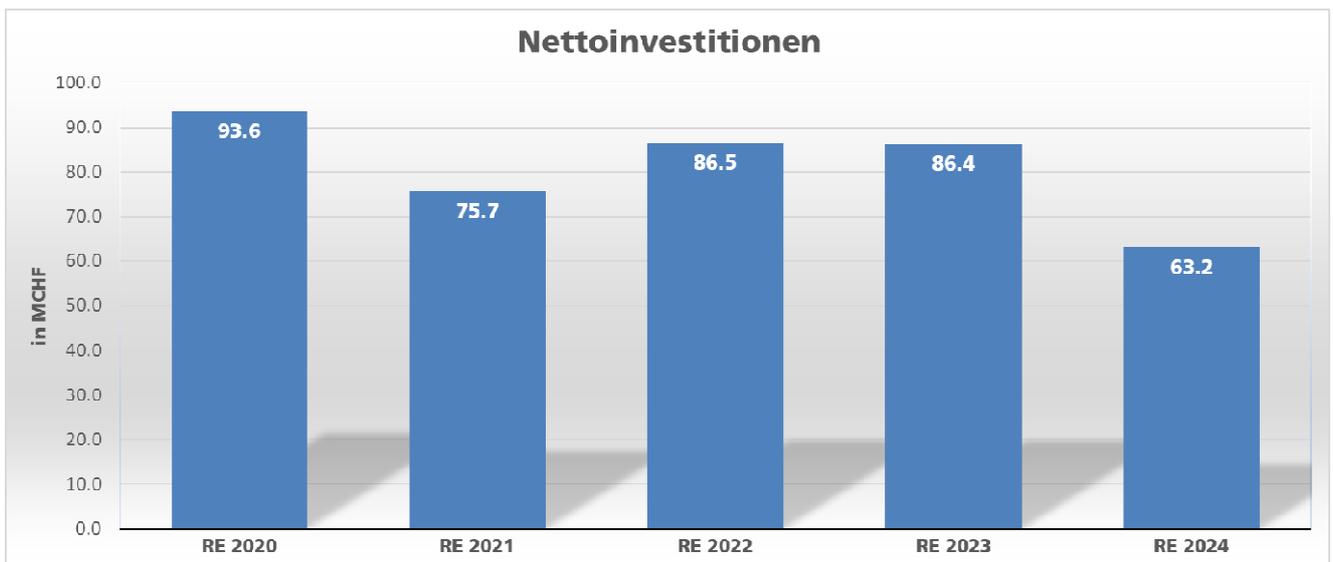
⁴ ohne Immobilienübertragung soH per 1.1.2022; 2024; Verschiebung Kapuzinerkloster Olten vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen



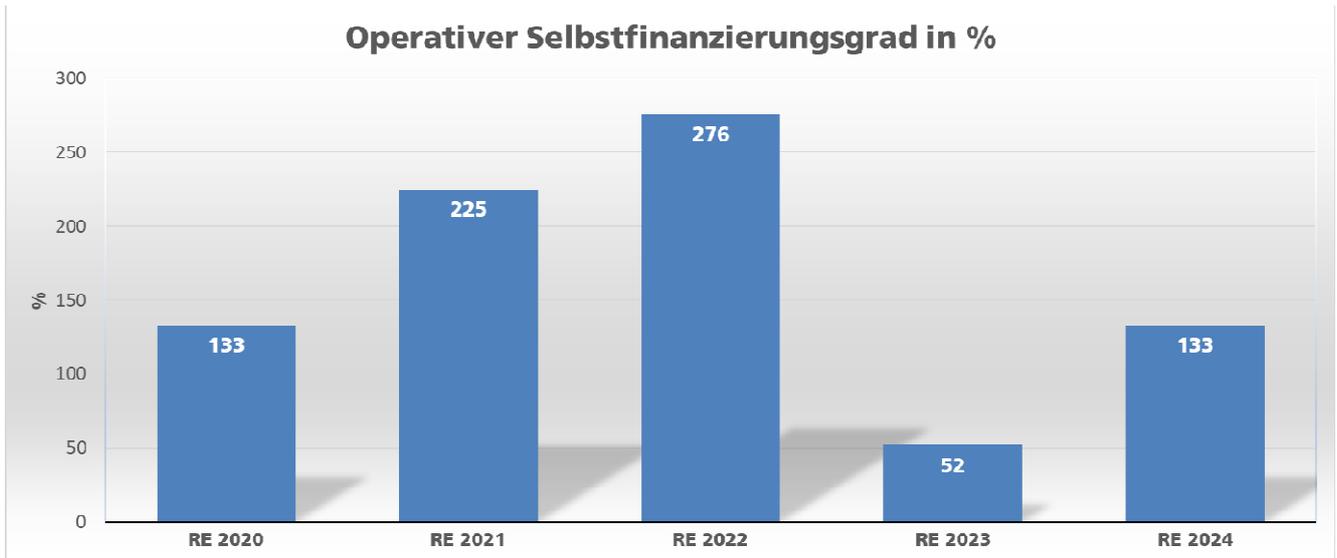
Die Gesamtrechnung 2024 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 9,2 Mio. Franken ab. Dies entspricht einer Verbesserung von 49,1 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr.



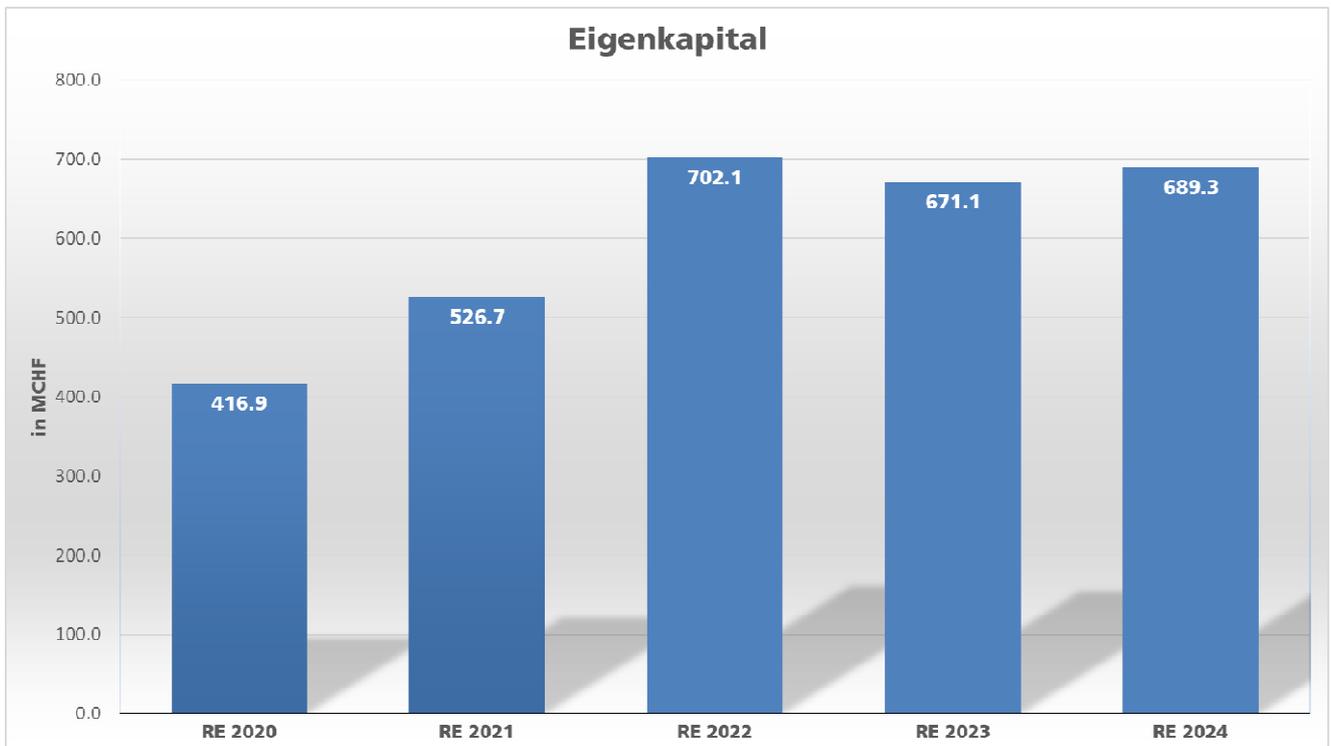
Das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit weist einen Ertragsüberschuss von 18,4 Mio. Franken aus. Dies entspricht einer Verbesserung von 49,9 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr.



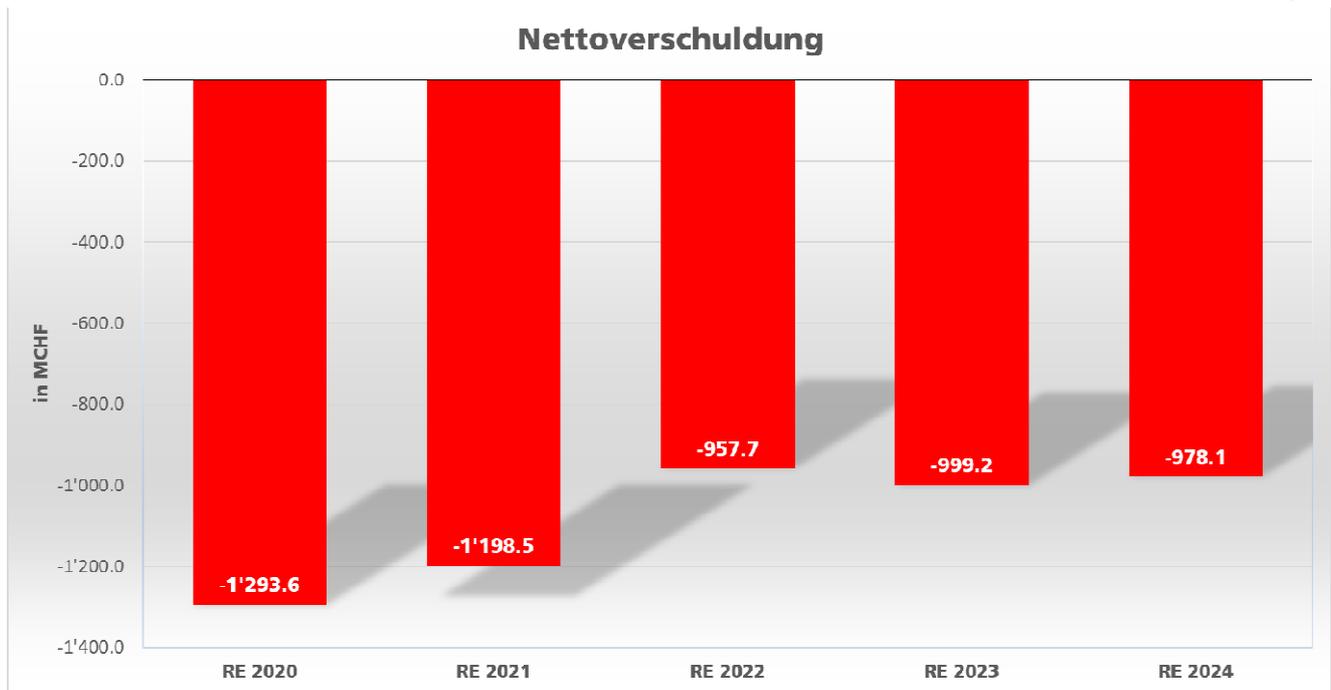
Die Nettoinvestitionen liegen 23,2 Mio. Franken bzw. 26,8 % unter dem Vorjahr. In diesen Werten ist die Verschiebung des Kapuzinerklosters Olten vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen enthalten (-12,8 Mio. Franken).



Der operative Selbstfinanzierungsgrad steigt auf 133 %. Nebst den laufenden Konsumausgaben können auch die Investitionen aus den Erträgen finanziert werden.



Mit den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital, dem Bilanzfehlbetrag Ausfinanzierung PKSO sowie den Rücklagen (Wasserrechnung und Globalbudgetreserven) beträgt das Eigenkapital gesamthaft 689,3 Mio. Franken. Dies entspricht einer Zunahme von 18,1 Mio. Franken bzw. 2,7 % gegenüber dem Vorjahr.



Die Nettoverschuldung sinkt per 31.12.2024 um 21,1 Mio. Franken bzw. 2,1 %. Von der Nettoverschuldung per Ende 2024 sind 818,7 Mio. Franken auf den Bilanzfehlbetrag Ausfinanzierung PKSO zurückzuführen.

1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

1.4.1 Erfolgsrechnung

Behörden in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Aufwand	6.4	6.6	6.6	-0.1
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0
Interne Verrechnungen	-1.4	-1.5	-1.5	0.0
Saldo	5.0	5.1	5.1	-0.1

Im Berichtsjahr ergeben sich keine grösseren Abweichungen zum Budget. Gegenüber der Rechnung 2023 steigt der Nettoaufwand um 0,2 Mio. Franken infolge zusätzlicher Personalressourcen für die Umsetzung der digitalen Transformation Kantonsrat und erhöhter Beiträge an Direktorenkonferenzen des Regierungsrates.

Staatskanzlei in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Aufwand	15.3	16.4	17.0	0.6
Ertrag	-2.4	-2.1	-3.0	-0.9
Interne Verrechnungen	-7.4	-8.6	-8.0	0.6
Saldo	5.5	5.7	6.0	0.3

Der Mehraufwand von 0,6 Mio. Franken ist auf nicht budgetierte Abschreibungen von Projektkosten des Impulsprogramms SO!Digital 2023–2025 zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie (SGB 192/2022) in der Höhe von 1,0 Mio. Franken zurückzuführen. Dem gegenüber stehen tiefere Personalaufwendungen (weniger Rechtspraktikanten und temporäre Vakanzen) im Umfang von ca. 0,4 Mio. Franken sowie ein einmaliger Mehrertrag aus dem Verkauf der Verlags-/Lizenzrechte Lehrmittel in der Höhe von 0,7 Mio.

Franken und diverse kleinere Ertragsverbesserungen in der Summe von 0,2 Mio. Franken.

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung 2023 führen die Abschreibungen von Projektkosten des Impulsprogramms 2023–25, der Ausbau der Personalressourcen im Bereich Digitale Verwaltung sowie die Lohnsteigerung von 2,0 % zu einem Mehraufwand von 1,5 Mio. Franken in der Rechnung 2024.

Bau- und Justizdepartement				
in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Aufwand	295.4	294.7	287.3	-7.4
Ertrag	-178.6	-178.5	-180.2	-1.7
Interne Verrechnungen	-33.5	-31.4	-32.9	-1.5
Saldo	83.3	84.8	74.2	-10.6

Die Erfolgsrechnung des Bau- und Justizdepartements schliesst rund 10,6 Mio. Franken besser ab als geplant. Dabei liegt die Summe der Globalbudgetsaldi mit 123,6 Mio. Franken um 3,2 Mio. Franken unter den budgetierten 126,8 Mio. Franken (Abweichung 2,6 %). Die Globalbudgets weisen aufwandseitig mit 185,1 Mio. Franken einen Minderaufwand von 3,1 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag aus. Der grösste Minderaufwand zeigt sich bei Beiträgen an die öffentlichen Unternehmungen beim öffentlichen Verkehr (3,3 Mio. Franken) aufgrund grösserer Abgeltungen durch den Bund. Weiter lagen die Lohnkosten um 0,7 Mio. Franken unter dem budgetierten Wert. Grösserer Minderaufwand zeigt sich ebenfalls beim Gebäudeunterhalt (1,1 Mio. Franken) sowie beim baulichen Strassenunterhalt (1,0 Mio. Franken). Mehraufwand entstand insbesondere bei den Mieten (0,5 Mio. Franken). Ertragsseitig schliessen die Globalbudgets mit einem Mehrertrag von rund 0,1 Mio. Franken ab.

Der Saldo der Finanzgrössen fällt gegenüber dem Voranschlag um 5,8 Mio. Franken besser aus. Der Nettoertrag betrug 16,5 Mio. Franken anstelle der budgetierten 10,6 Mio. Franken. Der Aufwand liegt rund 4,2 Mio. Franken unter den budgetierten 106,4 Mio. Franken. Eine Aufwandminderung ergab sich insbesondere bei den Abschreibungen im Strassenbau. Durch eine notwendige Korrektur bei den Abschreibungsfristen fällt der Aufwand um 5,6 Mio. Franken tiefer aus. Mehraufwand entstand insbesondere bei der Bearbeitung von Altlasten (1,1 Mio. Franken). Ertragsseitig ergab sich ein Mehrertrag von 1,6 Mio. Franken. Mehrerträge sind insbesondere bei den Geldstrafen (0,7 Mio. Franken), bei den Mieterträgen der Fachhochschulen (0,8 Mio. Franken) sowie bei verschiedenen weiteren Positionen angefallen. Demgegenüber stehen Mindererträge beim Gewinn aus dem Verkauf von Sachanlagen (1,1 Mio. Franken).

Die internen Verrechnungen bewegen sich im erwarteten Bereich auf dem Niveau der Vorjahresrechnung.

Departement für Bildung und Kultur				
in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Aufwand	507.3	529.1	536.5	7.4
Ertrag	-66.6	-64.9	-64.6	0.3
Interne Verrechnungen	27.5	29.1	28.8	-0.3
Saldo	468.2	493.3	500.7	7.4

Die Rechnung 2024 des Departementes für Bildung und Kultur schliesst mit einem Gesamtsaldo von 500,7 Mio. Franken 7,4 Mio. Franken oder 1,5 % über dem Voranschlag 2024 ab.

Der Aufwand 2024 liegt 7,4 Mio. Franken oder 1,4 % über dem Voranschlag 2024. Diese Mehraufwände resultieren durch höhere Kosten bei der Volksschule und dort grösstenteils durch die kantonalen Spezialangebote. Die Zunahme der Schülerinnen und Schüler lag bei dieser Kategorie über den getroffenen Annahmen. Hingegen nahm der Aufwand bei den Stipendien aufgrund von weniger Bezügerinnen und Bezüger ab. Der Ertrag liegt 0,3 Mio. Franken oder 0,5 % unter dem Voranschlag 2024.

Der Aufwand der Rechnung 2024 ist gegenüber der Rechnung 2023 um 29,3 Mio. Franken oder 5,8 % höher. Der Anstieg ist vorwiegend im Bereich Volksschule angesiedelt (mehr Schülerinnen und Schüler in den kantonalen Spezialangeboten mit total 11,0 Mio. Franken, aber auch im Bereich integrativer

sonderpädagogischer Massnahmen ISM und im Frühbereich im Heilpädagogischen Schulzentrum [HPSZ], 4,3 Mio. Franken). Die Beiträge an die Gemeinden sind aufgrund der Erhöhung der Schülerpauschale von 38 % auf 39 % und der gestiegenen Schülerzahl um 7,6 Mio. Franken oder 6,7 % angestiegen.

Der Ertrag der Rechnung 2024 liegt 2,0 Mio. Franken oder 3,0 % unter dem Ertrag der Rechnung 2023 und ist hauptsächlich auf die auslaufende Beteiligung der Gemeinden an den sonderschulischen Angeboten (§ 37^{bis} i.V.m. § 44^{quater} Abs. 1 des Volksschulgesetzes vom 14.9.1969 [BGS 413.111], der gemäss KRB Nr. SGB 0133/2021 vom 9.11.2021 bis 31.07.2026 in Kraft bleibt) zurückzuführen.

Finanzdepartement

in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Aufwand	155.1	166.0	163.0	-3.0
Ertrag	-1'612.5	-1'626.3	-1'736.7	-110.3
Interne Verrechnungen	10.8	5.7	8.1	2.4
Saldo	-1'446.6	-1'454.6	-1'565.6	-111.0

Die Rechnung des Finanzdepartements schliesst mit einem Ertragsüberschuss von insgesamt 1'565,6 Mio. Franken um 111,0 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Der Minderaufwand gegenüber dem Voranschlag ist auf tiefere Ausgaben beim Zinsendienst und den Kapitalbeschaffungskosten (3,0 Mio. Franken) sowie bei den Abschreibungen und dem Erlass von Steuerforderungen (2,3 Mio. Franken) zurückzuführen.

Die grössten Veränderungen mit Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag ergaben sich bei den Staatssteuern der natürlichen Personen (44,5 Mio. Franken), bei den Staatssteuern der juristischen Personen (15,6 Mio. Franken), bei der Quellensteuer (2,4 Mio. Franken), bei der Grundstückgewinnsteuer (3,0 Mio. Franken), bei der Erbschaftssteuer und Nachlasssteuer (28,9 Mio. Franken) sowie bei der Schenkungssteuer (1,4 Mio. Franken). Im Weiteren sind Mehrerträge zu verzeichnen bei der Direkten Bundessteuer (3,4 Mio. Franken) und bei der Verrechnungssteuer (8,0 Mio. Franken).

Die Globalbudgets schliessen ebenfalls besser ab als geplant (2,1 Mio. Franken). Die grössten Abweichungen betreffen das Steueramt aufgrund höherer Gebühren für Amtshandlungen, das Personalamt wegen geringerer Ausgaben für Dienstleistungen und Honorare sowie das Amt für Informatik und Organisation (AIO), das vor allem tiefere Personalkosten verzeichnet. Das Globalbudget der Amtschreibereien fällt hingegen schlechter aus, vor allem aufgrund höherer Ausgaben für Porto, Versand und Zustellung.

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung fallen insbesondere die Mehrerträge bei den Finanzgrössen ins Gewicht. Mehrerträge ergeben sich insbesondere bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen (40,0 Mio. Franken), der juristischen Personen (5,9 Mio. Franken), der Erbschaftssteuer und Nachlasssteuer (27,4 Mio. Franken), beim NFA (27,3 Mio. Franken), beim Anteil der Direkten Bundessteuer (8,4 Mio. Franken) sowie beim Anteil der Verrechnungssteuer (12,4 Mio. Franken).

Die Globalbudgets des Finanzdepartements schliessen auf Stufe Globalbudgetsaldo gegenüber dem Vorjahr mit einem Mehraufwand (4,2 Mio. Franken) ab.

Departement des Innern

in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Aufwand	1'291.8	1'326.2	1'396.9	70.7
Ertrag	-485.8	-491.6	-548.3	-56.7
Interne Verrechnungen	4.9	6.2	6.3	0.1
Saldo	810.9	840.9	855.0	14.1

Insgesamt fällt die Rechnung 2024 des Departements des Innern (DDI) 14,1 Mio. Franken beziehungsweise 1,7 % höher aus als im Voranschlag budgetiert. Dabei übersteigen die nicht beeinflussbaren Finanzgrössen den Voranschlag um 17,5 Mio. Franken, die beeinflussbaren Globalbudgets schliessen insgesamt um 3,5 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Hauptsächlich verantwortlich für die Überschreitung des Voranschlags sind die Bereiche Gesundheit, Gesellschaft und Soziales sowie Justizvollzug. Der Bereich Gesundheit schliesst um 6,4 Mio. Franken über dem Voranschlag ab. Hauptgrund sind höhere Kosten für die Spitalbehandlungen gemäss KVG (Finanzgrösse). Der Bereich Gesellschaft und Soziales schliesst insgesamt um 5,1 Mio. Franken über dem Voranschlag ab. Gründe dafür sind insbesondere höhere Ergänzungsleistungen IV (Finanzgrösse) sowie höhere Kosten für die Behinderung inner- und ausserkantonale (Finanzgrössen). Der Bereich Justizvollzug schliesst insgesamt um 3,6 Mio. Franken über dem Voranschlag ab. Hauptgrund sind höhere Kostgelder für den Vollzug (Finanzgrösse).

Volkswirtschaftsdepartement

in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Aufwand	270.1	276.0	264.6	-11.4
Ertrag	-161.8	-165.2	-157.5	7.7
Interne Verrechnungen	-3.7	-1.9	-3.3	-1.5
Saldo	104.6	108.9	103.8	-5.1

Führungsunterstützung, Standortförderung, Stiftungsaufsicht und Härtefallmassnahmen schliesst um 1,0 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Die Verbesserung der Rechnung hat im Wesentlichen drei Gründe: 1) In der Fachstelle Standortförderung (FAST) bestehen per Ende Jahr zwei Vakanzen. Dem entsprechend konnten auch nicht alle Vorhaben der FAST umgesetzt werden.

2) In der Stiftungsaufsicht konnte der Rückstand aus dem 2023 aufgeholt werden. Dies generierte einen deutlichen Mehrertrag.

3) Bei den Härtefallmassnahmen beanspruchte die Prüfung der Auflagen und Bedingungen im Nachgang der Auszahlung von Härtefallbeiträgen und die Missbrauchsverfolgung weniger Ressourcen als angenommen. Die Unterstützung durch die kantonale Steuerverwaltung ist bei der Ermittlung von Fällen mit Missbrauchsverdacht hilfreich.

Bei der Umsetzung Neue Regionalpolitik gab es insgesamt weniger Projekte als erwartet und entsprechend 0,3 Mio. Franken tiefere Ausgaben. Für die Einzelbetriebliche Förderung nach WAG wurde 0,3 Mio. Franken weniger aufgewendet als budgetiert.

Wirtschaft und Arbeit schliesst um 0,8 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Zu tief budgetierte Entschädigungen vom Bund von 0,3 Mio. Franken und die höheren Erträge bei den Eich-/ Messgebühren, den Jahresumsatzgebühren im Gastgewerbe sowie den Gebühren für Lotterien haben zu diesem besseren Ergebnis beigetragen. Der AVIG-Beitrag fiel um 0,2 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.

Die Abteilung Energie und Klima im Amt für Wirtschaft und Arbeit schliesst um 0,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass mit der Besetzung der zwei geplanten Stellen in der Energiefachstelle vorerst zugewartet wurde, um mögliche Synergien bei der Umsetzung KIG (neues Impulsprogramm des Bundes im Gebäudebereich) nutzen zu können. Die Anzahl eingegangener Fördergesuche liegt mit rund 1'300 Gesuchen und einer verfügbaren Fördersumme von 11,5 Mio. Franken knapp 10 Prozent unter den Erwartungen. Der Aufbau der Koordinationsstelle für departementsübergreifende Aufgaben im Bereich Klima ist erfolgt.

Gemeinden und Zivilstandsdienst schliesst um 0,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dazu beigetragen haben primär nicht angefallene Lohnkosten aufgrund unvollständig besetzter Vakanzen. Der Personalaufwand liegt rund 0,3 Mio. Franken unter dem veranschlagten Wert. Die Ertragsseite schliesst 0,1 Mio. Franken unter Budget ab. Im Bereich Zivilstand wurden rund 100 kostenrelevante Zivilstandsereignisse weniger vollzogen als im Vorjahr. Zudem entfallen seit der Abschaffung der Hinterlegungspflicht des Heimatscheins per 1. Januar 2024 bisherige Gebühreneinnahmen in der Höhe von 0,3 Mio. Franken. Mehrerträge wurden bei den Einbürgerungsgebühren (0,1 Mio. Franken) verbucht. Der budgetierte Staatsbeitrag von 1,4 Mio. Franken an den Finanzausgleich KG wird im Jahr 2024 nicht benötigt, da der Ertrag aus der Finanzausgleichsteuer höher als der Gesamtverteilungsbetrag (10 Mio. Franken) ausfällt.

Wald, Jagd und Fischerei schliesst um 0,1 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Tiefere Ausgaben insbesondere im Bereich Schutz vor Naturgefahren, Dienstleistungen Dritter und Entschädigungen von Wildschäden gingen einher mit geringeren Einnahmen vom Bund (ebenfalls Schutz vor Naturgefahren).

Der Staatswald schloss wiederum mit einem Gewinn ab. Verantwortlich dafür waren einerseits Holzerlöse andererseits Gewinnbeteiligungen in den Forstbetrieben, bei welchen der Staatswald integriert ist. Im Forstfonds fällt die Bilanz 2024 negativ aus. Während die Einnahmen aus Rodungsabgaben erneut zurückgingen, stiegen die Ausgaben für die Biodiversität im Wald um rund 0,3 Mio. Franken. Dies wurde so eingeplant, damit die sehr geringen Ausgaben in den ersten Programmjahren teilweise kompensiert werden. Im Forstfonds befinden sich somit Ende Jahr knapp 2,0 Mio. Franken. Während für Wegbauten und -sanierungen aufgrund eines hohen Nachholbedarfs 0,2 Mio. Franken mehr Beiträge eingesetzt wurden, verringerten sich die Ausgaben für grössere Schutzbautenprojekte um 0,4 Mio. Franken. Grund sind Verzögerungen seitens der Bauherrschaft.

Die Landwirtschaft schliesst um 0,3 Mio. Franken schlechter ab als budgetiert. Dies ist in erster Linie auf den Wegfall der Kontrollzeichengebühr Hunde zurückzuführen. Der daraus resultierende Minderertrag konnte teilweise mit einem tieferen Personalaufwand (temporäre Vakanz, keine Praktikanten) und mit der Auflösung von Rückstellungen beim Abschluss des Ressourcenprogrammes Humus kompensiert werden.

Militär und Bevölkerungsschutz schliesst um 0,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Die vorzeitige Beendigung des Anstellungsverhältnisses der Fachfrau Kommunikation des Sonderstabs Energie, der Nichtwiederbesetzung einer Stelle in der Militärverwaltung und der vakanten Stelle des Leiters der Militärverwaltung führten unter anderem zu diesem Ergebnis.

Gerichte				
in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Aufwand	30.3	31.2	32.8	1.6
Ertrag	-5.6	-5.4	-5.3	0.1
Interne Verrechnungen	2.8	2.4	2.6	0.2
Saldo	27.5	28.2	30.1	1.9

Das Ergebnis der Erfolgsrechnung wird primär durch zwei Positionen beeinflusst. Bei den Aufwänden fielen die Richterlöhne aufgrund von Vakanz und Planungsunschärfen im Zusammenhang mit neu zu besetzenden Richterstellen tiefer aus als budgetiert. Gleichzeitig überstiegen bei den Finanzgrössen die Aufwandpositionen «Prozedurkosten», «Abschreibung Debitorenguthaben», «Abschreibung und Erlass Strafsachen», «unentgeltliche Rechtspflege» und «Honorar amtliche Verteidigung» den Voranschlag 2024. Bei der Ertragsposition «Diverse Gebühren» wurde deutlich mehr eingenommen als budgetiert. Bis auf die Personalkosten handelt es sich um Finanzgrössen, welche vom Prozessanfall und -ausgang sowie von den jeweiligen Fallkonstellationen abhängen. Sie sind nicht steuer- und nicht planbar.

1.4.2 Investitionsrechnung

Staatskanzlei				
in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Ausgaben	0.0	2.8	1.0	-1.8
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	2.8	1.0	-1.8

Für das Impulsprogramm SO!Digital 2023–2025 hat der Kantonsrat am 29. März 2023 einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 6,3 Mio. Franken bewilligt (SGB 192/2022). Infolge zeitlicher Verschiebung der Umsetzung und vorangehender Rekrutierungsphase der Personalressourcen bis Ende Oktober 2023 sind die jährlichen Gesamtausgaben im Berichtsjahr 2024 tiefer ausgefallen als budgetiert. In der Rechnung 2023 wurden Projektausgaben in der Höhe von 0,5 Mio. Franken direkt über die Erfolgsrechnung verbucht (Globalbudget «Dienstleistungen der Staatskanzlei»); der Restkredit beläuft sich somit per Ende 2024 auf ca. 4,8 Mio. Franken.

Bau- und Justizdepartement

in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Ausgaben	79.7	81.6	69.2	-12.4
Einnahmen	-5.8	-7.9	-20.4	-12.5
Nettoinvestitionen	73.9	73.8	48.8	-25.0

Im Jahr 2024 wurde der Voranschlag der Nettoinvestitionen im Bereich des Bau- und Justizdepartement um rund 25,0 Mio. Franken unterschritten. Die Nettoinvestitionen lagen damit bei 48,8 Mio. Franken. Als Sondereffekt ist zu berücksichtigen, dass der Übertrag des Kapuzinerklosters in Olten vom Verwaltungsins Finanzvermögen eine Deinvestition von 12,8 Mio. Franken zur Folge hatte. Die Nettoinvestitionen unter Berücksichtigung dieses Effektes betragen damit 61,7 Mio. Franken und die Unterschreitung des Voranschlages beträgt 12,1 Mio. Franken.

Aufgrund ausstehender Projektentscheide lagen die Nettoinvestitionen bei den Spitalbauten 5,4 Mio. Franken tiefer als geplant (Bürgerspital Solothurn, Haus 2). Bei den Bildungs- und allgemeinen Bauten lagen die Nettoinvestitionen bei 22,1 Mio. Franken und damit 4,9 Mio. Franken unter der Planung. Die Ausgaben im Strassenbau lagen aufgrund von Projektverzögerungen und kostengünstigeren Umsetzungen um 2,6 Mio. Franken unter dem Budget, ebenso im Wasserbau mit 0,7 Mio. Franken.

Departement für Bildung und Kultur

in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Ausgaben	2.8	3.9	3.8	-0.1
Einnahmen	-2.5	-3.0	-2.9	0.1
Nettoinvestitionen	0.3	0.9	0.9	0.0

Die Ausgaben und die Einnahmen der Rechnung 2024 liegen lediglich je 0,1 Mio. Franken unter dem Voranschlag.

Die Ausgaben des Jahres 2024 liegen 1,0 Mio. Franken oder 35,7 % über den Ausgaben der Rechnung 2023. Der Hauptgrund für diesen Anstieg ist die Auszahlung der ersten Tranche des Investitionsbeitrages an das Kloster Mariastein in Metzerlen-Mariastein für die Neugestaltung des Klosterplatzes (Verpflichtungskredit RRB Nr. 2022/1442 vom 20. September 2022 und KRB Nr. SGB 0186/2022 vom 21. Dezember 2022) in der Höhe von 0,8 Mio. Franken.

Weiter sind von den Organisationen der Arbeitswelt mehr Gesuche um Investitionsbeiträge eingegangen. Diese Ausgaben werden vollständig mit Bundesbeiträgen finanziert. Entsprechend liegen auch die Einnahmen höher (0,4 Mio. Franken).

Finanzdepartement

in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Ausgaben	7.3	11.0	6.3	-4.7
Einnahmen	0.0	0.0	-0.2	-0.2
Nettoinvestitionen	7.3	11.0	6.1	-4.9

Die im Vergleich zum Voranschlag tieferen Ausgaben im Berichtsjahr sind begründet durch Terminverschiebungen, angepasste Zahlungspläne und Ressourcenengpässe auf Seiten Leistungserbringer sowie Leistungsbezüger.

Departement des Innern

in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Ausgaben	2.4	4.4	3.2	-1.1
Einnahmen	-0.5	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.9	4.4	3.2	-1.1

Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoausgaben von 3,2 Mio. Franken um 1,1 Mio. Franken tiefer als budgetiert ab. Gründe dafür sind Verschiebungen ins Folgejahr (0,6 Mio. Franken). Zudem konnten 0,2 Mio. Franken der budgetierten Restkosten für das Projekt Polycom WEP 2030 bereits 2023 realisiert werden. Einige Projekte konnten unter den budgetierten Kosten abgeschlossen werden (0,3 Mio. Franken).

Volkswirtschaftsdepartement

in MCHF	RE23	VA24	RE24	Diff. RE/VA
Ausgaben	5.6	5.8	5.4	-0.4
Einnahmen	-2.5	-2.6	-2.2	0.5
Nettoinvestitionen	3.1	3.1	3.2	0.1

Bei den Investitionen gab es keine wesentlichen Abweichungen. Der Durchlauf an Bundesmitteln bei den Agrarpolitischen Massnahmen war tiefer als geplant (ergebnisneutral).

1.5 Globalbudgets

Globalbudgetsaldo (in MCHF)	RE23	VA24	RE24	Diff. abs. RE/VA24	Diff. % RE/VA24
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	1.0	1.2	1.1	0.0	-3.7%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	10.3	11.5	12.1	0.6	5.3%
Drucksachen und Lehrmittel	2.7	2.8	1.9	-0.9	-32.0%
Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation	4.2	4.7	4.5	-0.2	-3.9%
Raumplanung	3.7	4.1	4.0	-0.2	-3.7%
Hochbau	27.4	25.4	25.9	0.5	1.8%
Strassen	32.3	31.1	31.0	-0.1	-0.2%
Öffentlicher Verkehr	37.0	40.5	38.2	-2.4	-5.8%
Umwelt	10.4	10.0	10.0	0.0	0.1%
Denkmalpflege und Archäologie	3.3	3.4	3.4	0.1	1.6%
Administrative und technische Verkehrssicherheit	-4.0	-3.6	-3.4	0.1	-3.7%
Staatsanwaltschaft	6.8	7.8	7.0	-0.7	-9.4%
Jugendanwaltschaft	3.0	3.3	2.9	-0.4	-11.7%
Führungsunterstützung DBK	8.9	10.5	8.7	-1.8	-17.4%
Volksschule	99.1	106.7	117.2	10.5	9.9%
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	10.3	11.2	10.8	-0.4	-3.6%
Mittelschulbildung	40.8	42.4	42.7	0.3	0.8%
Berufsschulbildung	33.1	35.3	34.1	-1.2	-3.3%
Kultur und Sport	8.8	9.6	9.9	0.3	3.5%
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	1.9	2.0	2.0	0.1	3.8%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	-9.7	-10.5	-9.7	0.8	-7.8%
Finanzen und Statistik	0.1	0.3	0.1	-0.2	-61.8%
Personalwesen	4.8	5.9	5.3	-0.6	-10.6%
Steuerwesen	14.6	17.1	15.5	-1.5	-8.9%
Informationstechnologie	20.2	23.4	22.9	-0.6	-2.4%
Staatsaufsichtswesen	1.2	1.3	1.2	-0.1	-3.9%
Führungsunterstützung Ddl, Swisslos-Fonds und Oberämter	4.9	5.5	5.1	-0.4	-6.8%
Gesundheit	45.4	45.9	45.1	-0.8	-1.7%
Gesellschaft und Soziales	16.7	16.4	16.7	0.3	2.0%
Migration	3.2	4.7	3.8	-0.9	-19.8%
Justizvollzug	8.7	7.7	6.6	-1.2	-15.0%
Polizei Kanton Solothurn	90.3	95.0	94.4	-0.6	-0.6%
Führungsunterstützung VWD, Standortförderung, Aussenbeziehungen und Stiftungsaufsicht	4.2	4.9	3.9	-1.0	-20.5%
Wirtschaft und Arbeit	0.6	1.1	0.3	-0.8	-72.5%
Energie und Klima	0.7	1.8	1.5	-0.3	-14.5%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	2.9	3.2	2.9	-0.3	-8.4%
Wald, Jagd und Fischerei	3.4	3.8	3.7	-0.1	-2.6%
Landwirtschaft	9.6	10.1	10.4	0.3	3.4%
Militär und Bevölkerungsschutz	4.7	5.3	5.0	-0.3	-4.9%
Gerichte	16.4	18.2	17.7	-0.5	-2.7%
Total Aufwandüberschuss	584.1	621.3	617.0	-4.3	-0.7%

2 Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Konjunkturdaten 2024

Die Expertengruppe des Bundes hat für 2024 ein sporteventbereinigtes reales BIP-Wachstum von 0,9 % berechnet (Stand 19. Dezember 2024). Die Arbeitslosenquote lag durchschnittlich bei 2,4 % und damit 0,4 % über dem Vorjahr. Der Landesindex der Konsumentenpreise ist von 2,1 % im Jahr 2023 auf 1,1 % gesunken.

Staatssteuern und Nebensteuern

Die Staatssteuersätze betragen seit 2017 104 % für natürliche Personen und 100 % für juristische Personen. Trotz des höheren Kinderabzugs lagen die Erträge aus Vorjahren bei den natürlichen Personen deutlich über den Erwartungen. Bei den juristischen Personen konnte ein langjähriges Verfahren zum Abschluss gebracht und gleichzeitig Mehrerträge von einem bedeutenden Steuersubjekt erzielt werden. Die Nebensteuern fielen aufgrund eines Einzelfalles bei der Erbschaftssteuer deutlich höher aus als in den Vorjahren.

Löhne

Nachdem sich die Parteien bei den GAV-Lohnverhandlungen nicht einigen konnten, hat der Regierungsrat am 5. Dezember 2023 nach § 17 GAV abschliessend eine Erhöhung der Löhne für das Staatspersonal, die Lehrpersonen an den kantonalen Schulen und Volksschulen sowie die Mitarbeitenden der Solothurner Spitäler AG ab dem 1. Januar 2024 um 2 % beschlossen (RRB Nr. 2023/2016). Im Voranschlag 2024 wurde in der Folge der Personalaufwand um 10,2 Mio. Franken erhöht und weitere 3,7 Mio. Franken für Schülerpauschalen, Beiträge an Sonderschulen und -heimen, Musikschulen, die Stiftung Zentralbibliothek Solothurn sowie an das Museum Altes Zeughaus, welche ebenfalls abhängig sind von der Teuerung, eingestellt.

Ausfinanzierung Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO)

Nach dem Volksentscheid vom 28. September 2014 wurde die Pensionskasse des Kantons Solothurn für 1,1 Mrd. Franken ausfinanziert. Der daraus resultierende Finanzfehlbetrag wird über 40 Jahre verteilt abgeschrieben. Die jährlichen Kosten von 27,3 Mio. Franken ist in der Rechnung 2024 berücksichtigt. Ebenfalls sind die Leistungen der Versicherten, der Solothurner Spitäler AG (soH) und der Schulgemeinden entsprechend mitberücksichtigt (4,5 % der Arbeitgeberbeiträge an die Ausfinanzierungskosten). Per 31. Dezember 2024 beträgt der Stand des Ausfinanzierungsdarlehens gegenüber der PKSO noch 258,8 Mio. Franken.

Treibstoffzollanteil, LSVA und Globalbeiträge Hauptstrassen

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 7,8 Mio. Franken sowie die Globalbeiträge des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA von 2,3 Mio. Franken (beide Werte analog dem Vorjahr) wurden vollumfänglich der Strassenrechnung zugewiesen. Der Ertrag aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 13,8 Mio. Franken (Vorjahr: 13,0 Mio. Franken) wurde zur Hälfte der Strassenrechnung zugewiesen.

Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss 2024 wurde folgende Rückstellungen aufgelöst:

- Bürgerschaftsverluste Wirtschaftsförderung 0,7 Mio. Franken
- Förderbeiträge Energiefachstelle 5,6 Mio. Franken
- Dienststellen 0,4 Mio. Franken

Die Rückstellung Planungsmehrwert Attisholz-Süd blieb unverändert.

Verzinsung Spezialfinanzierungen

Eine Verzinsung auf Spezialfinanzierungen wird nur vorgenommen, wenn es das Gesetz explizit vorsieht. Massgebend ist die Rendite auf 10-jährigen Bundesobligationen der Eidgenossenschaft abzüglich 0,25 Prozentpunkten für den Verwaltungsaufwand. 2024 fiel dieser Wert negativ aus und es wurden keine Verzinsungen vorgenommen.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2024 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003; WoV-G; BGS 115.1). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

3 Die grössten Aufwandpositionen

3.1 Besoldungskosten

Vergleich der Besoldungskosten Voranschlag / Rechnung 2024 (in MCHF):

Departement	VA24	RE24	Diff. abs.	Diff. in %
Behörden	3.4	3.4	0.0	-1.1%
Staatskanzlei	7.6	7.2	-0.4	-5.2%
Bau und Justiz	59.6	58.8	-0.7	-1.2%
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	90.7	89.7	-1.0	-1.1%
- Verwaltungspersonal	40.8	41.9	1.2	2.9%
Finanz	61.1	60.2	-0.9	-1.4%
Inneres	116.3	117.3	1.0	0.8%
Volkswirtschaft	40.2	37.5	-2.7	-6.6%
Gerichte				
- Richter	5.4	4.9	-0.5	-8.6%
- Verwaltungspersonal	13.6	13.6	0.0	0.3%
Total Besoldungen	438.6	434.6	-4.0	-0.9%

Die obige Tabelle zeigt, dass die Besoldungen gegenüber dem Voranschlag 4,0 Mio. Franken bzw. 0,9 % tiefer ausgefallen sind. Die wesentlichsten Abweichungen erklären sich wie folgt:

- Staatskanzlei: Die geringere Anzahl von Rechtspraktikanten und temporär nicht besetzte Stellen führten zu tieferen Besoldungskosten.
- Bau- und Justizdepartement: Die veranschlagten Besoldungskosten wurden minimal unterschritten.
- Departement für Bildung und Kultur: Der Minderaufwand ist bei den Lehrkräften einerseits im HPSZ angesiedelt (0,6 Mio. Franken Minderaufwand, da sich die Rekrutierung von Lehrpersonal schwierig gestaltet), andererseits in den Berufsbildungszentren (Klassenoptimierungen und weniger Klassen in der Grundbildung als budgetiert wirken sich mit 0,4 Mio. Franken Minderaufwand aus). Beim Verwaltungspersonal ist der gesamte Anstieg im HPSZ angesiedelt. Das Verwaltungspersonal umfasst im HPSZ auch Schulhilfen sowie Sozialbetreuerinnen und Sozialbetreuer. Aufgrund des Fachkräftemangels gestaltet sich die Rekrutierung des Lehrpersonals schwierig, weshalb Minderaufwand bei den Lehrkräften und Mehraufwand beim Verwaltungspersonal resultieren. Aufgrund gestiegener Schülerinnen- und Schülerzahlen musste im Bundesasylzentrum das Personal aufgestockt werden. Die Pensen der Gesamtleiterin HPSZ, der Leiterin Dienste und der

Sachbearbeiterin Personelles mussten ebenfalls erhöht werden.

- Finanzdepartement: Der Minderaufwand resultiert aus Stellen bei verschiedenen Ämtern, die nicht oder nur verzögert besetzt werden konnten.
- Departement des Innern: Die veranschlagten Besoldungskosten wurden einerseits aufgrund von höheren Personalkosten im Globalbudget Gesellschaft und Soziales sowie aufgrund höherer Entschädigungen für Pikettdienste und Inkonvenienzen infolge der per 1. Januar 2024 rückwirkend in Kraft gesetzten GAV-Anpassungen (Vergütung für inkonveniente Dienste) leicht überschritten.
- Volkswirtschaftsdepartement: Im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) wurden die personellen Ressourcen, trotz der steigenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitsentschädigungen, bei der Arbeitslosenkasse (ALK) und den Regionalen Arbeitsvermittlungen (RAV) weniger stark erhöht als erwartet. Bei der Fachstelle Standortförderung blieben zwei Stellen unbesetzt. Mit der Besetzung der zwei geplanten Stellen in der Energiefachstelle wurde vorerst zugewartet, um mögliche Synergien bei der Umsetzung KIG (neues Impulsprogramm des Bundes im Gebäudebereich) nutzen zu können. Bei Militär und Bevölkerungsschutz führte unter anderem die vorzeitige Beendigung des Anstellungsverhältnisses der Fachfrau Kommunikation des Sonderstabs Energie, der Nichtwiederbesetzung einer Stelle in der Militärverwaltung und der vakanten Stelle des Leiters der Militärverwaltung zu einem Personalbestand unter Budget. Bei den restlichen Ämtern ergaben sich dagegen nur unwesentliche Änderungen bei den Personalkosten.
- Gerichte: Die Differenz bei den Besoldungskosten der Richterinnen und Richter ist auf Vakanz und Planungsunschärfen im Zusammenhang mit neu zu besetzenden Richterstellen zurückzuführen. Auch die Kommissions- und Sitzungsgelder des Steuergerichts und der Schätzungskommission fielen tiefer aus.

Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2023 / Rechnung 2024 (in MCHF):

Departement	RE23	RE24	Diff. abs.	Diff. in %
Behörden	3.3	3.4	0.1	1.8%
Staatskanzlei	6.3	7.2	0.9	13.8%
Bau und Justiz	56.0	58.8	2.8	5.1%
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	87.3	89.7	2.4	2.7%
- Verwaltungspersonal	39.2	41.9	2.7	6.9%
Finanz	57.3	60.2	2.9	5.0%
Inneres	112.7	117.3	4.6	4.1%
Volkswirtschaft	37.0	37.5	0.5	1.3%
Gerichte				
- Richter	4.8	4.9	0.1	1.5%
- Verwaltungspersonal	12.5	13.6	1.1	8.7%
Total Besoldungen	416.6	434.6	18.0	4.3%

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Besoldungsaufwand um 18,0 Mio. Franken bzw. 4,3 %. Ein

grosser Teil dieses Kostenanstiegs liegt am Teuerungsausgleich von 2,0 %, der ab 1. Januar 2024 auf allen Löhnen ausbezahlt wurde. Zusätzlich zu erwähnen sind:

- Staatskanzlei: Insbesondere der plangemässe und zeitlich gestaffelte Aufbau zusätzlicher Personalressourcen im Zusammenhang mit der Umsetzung der kantonalen Digitalisierungsstrategie SO!Digital (Impulsprogramm 2023–2025, SGB 192/2022) führte zu einem deutlichen Anstieg der Besoldungskosten.
- Bau- und Justizdepartement: Die Zunahme im Vergleich mit der Rechnung 2023 ist nebst der Teuerung auf den Wegfall von kostenmindernden Faktoren zurückzuführen (u.a. weniger und kürzere Vakanzen).
- Departement für Bildung und Kultur: Der Anstieg ist bei den Lehrkräften auf mehr Schülerinnen und Schüler im HPSZ (1,1 Mio. Franken), in den Mittelschulen (1,1 Mio. Franken) und in den Berufsbildungszentren (0,5 Mio. Franken) zurückzuführen.
Im Departement für Bildung und Kultur umfasst das Verwaltungspersonal auch Schulhilfen sowie Sozialbetreuerinnen und Sozialbetreuer im HPSZ. Mehr Schülerinnen und Schüler und mehr Fälle führten zum Anstieg von 1,4 Mio. Franken im HPSZ. Weiter führten die Umsetzung der Pflegeinitiative und die neue Abteilungsleitung Mittelschulen zum Anstieg von 0,3 Mio. Franken. Die Wiederbesetzung vakanter Stellen sowie der Stufenanstieg wirken sich im Volksschulamt mit 0,5 Mio. Franken aus.
- Finanzdepartement: Die Zunahme der Besoldungskosten ist auf zusätzliche Stellen beim Steueramt, beim Amt für Informatik und Organisation und beim Personalamt zurückzuführen.
- Departement des Innern: Die Zunahme ist vorwiegend auf den bewilligten gestaffelten Stellenaufbau der Polizei Kanton Solothurn, auf befristete Anstellungen im Amt für Gesellschaft und Soziales zur Bewältigung der hohen Fallzahlen im Bereich Asyl und Status S und auf höhere Entschädigungen für Pikettdienste und Inkonvenienzen infolge der per 1. Januar 2024 rückwirkend in Kraft gesetzten GAV-Anpassungen (Vergütung für inkonveniente Dienste) zurückzuführen.
- Volkswirtschaftsdepartement: Ein grosser Teil des Kostenanstiegs liegt am Teuerungsausgleich von 2,0 %, der ab 1. Januar 2024 auf allen Löhnen ausbezahlt wurde. Bei Militär und Bevölkerungsschutz führten unter anderem die vorzeitige Beendigung des Anstellungsverhältnisses der Fachfrau Kommunikation des Sonderstabs Energie, der Nichtwiederbesetzung einer Stelle in der Militärverwaltung und der vakanten Stelle des Leiters der Militärverwaltung zu tieferen Personalkosten. Bei den restlichen Ämtern ergaben sich dagegen nur unwesentliche Änderungen bei den Personalkosten.
- Gerichte: Die Besoldungskosten spiegeln den Personalaufbau wider.

3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind.

GB-Name	Pensenbestand per		Differenz RE24/RE23	
	31.12.2023	31.12.2024	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	7.8	7.2	-0.6	-7.7%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	44.1	48.0	3.9	8.8%
Drucksachen und Lehrmittel	6.2	5.2	-1.0	-16.1%
Total Behörden / Staatskanzlei	58.1	60.5	2.4	4.1%

GB-Name	Pensenbestand per		Differenz RE24/RE23	
	31.12.2023	31.12.2024	absolut	in %
Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation	25.0	26.0	1.0	4.0%
Raumplanung	25.4	27.8	2.4	9.4%
Hochbau	65.5	62.1	-3.4	-5.2%
Strassen	121.1	121.2	0.1	0.1%
Öffentlicher Verkehr	4.5	2.8	-1.7	-37.8%
Umwelt	53.3	57.1	3.8	7.1%
Denkmalpflege und Archäologie	15.8	15.0	-0.8	-5.1%
Administrative und technische Verkehrssicherheit	102.6	100.2	-2.4	-2.3%
Staatsanwaltschaft	77.3	79.6	2.3	3.0%
Jugendanwaltschaft	8.5	9.3	0.8	9.4%
Total Bau- und Justizdepartement	499.0	501.1	2.1	0.4%
Führungsunterstützung DBK	10.7	11.2	0.5	4.7%
Volksschule	270.1	312.7	42.6	15.8%
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	42.9	45.4	2.5	5.8%
Mittelschulbildung	313.4	307.9	-5.5	-1.8%
Berufsschulbildung	308.2	310.8	2.6	0.8%
Kultur und Sport	11.7	12.5	0.8	6.8%
Total Departement Bildung und Kultur	957.0	1'000.5	43.5	4.5%
Führungsunterstützung FD/Amtschreibereiaufsicht	10.3	10.2	-0.1	-1.0%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	181.1	184.0	2.9	1.6%
Finanzen und Statistik	21.3	20.8	-0.5	-2.3%
Personalwesen	23.8	27.3	3.5	14.7%
Steuerwesen	206.8	205.8	-1.0	-0.5%
Informationstechnologie	61.4	63.5	2.1	3.4%
Staatsaufsichtswesen	7.8	7.8	0.0	0.0%
Total Finanzdepartement	512.5	519.3	6.8	1.3%
Führungsunterstützung DDI, Swisslos-Fonds und Oberämter	38.1	39.2	1.1	2.9%
Gesundheit	51.0	52.0	1.0	2.0%
Gesellschaft und Soziales	95.0	96.9	1.9	2.0%
Migration	63.5	62.1	-1.4	-2.2%
Justizvollzug	192.1	198.2	6.1	3.2%
Polizei Kanton Solothurn	592.4	597.7	5.3	0.9%
Total Departement des Innern	1'032.1	1'046.0	13.9	1.3%
Führungsunterstützung VWD, Standortförderung, Aussenbeziehungen und Stiftungsaufsicht/DS VWD	16.9	19.1	2.3	13.4%
Wirtschaft und Arbeit	136.8	141.0	4.2	3.1%
Energie und Klima	7.9	8.7	0.8	10.1%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	34.5	35.6	1.1	3.2%
Wald, Jagd und Fischerei	18.5	18.3	-0.2	-0.9%
Landwirtschaft	79.6	76.6	-3.0	-3.7%
Militär und Bevölkerungsschutz	31.3	28.4	-2.9	-9.3%
Total Volkswirtschaftsdepartement	325.4	327.7	2.3	0.7%
Gerichte	135.2	133.8	-1.4	-1.0%
Total Gerichte	135.2	133.8	-1.4	-1.0%
Total Globalbudgets	3'519.3	3'588.8	69.5	2.0%

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Pensenbestand um insgesamt 69,5 Pensen bzw. 2,0 %. Dies sind 33,6 Pensen bzw. 0,9 % mehr als im Voranschlag 2024 vorgesehen waren. Die Entwicklung pro Departement zeigt sich wie folgt:

- Staatskanzlei: Der höhere Pensenbestand ist auf die Wiederbesetzung einer Vakanz, eine temporäre Doppelbesetzung sowie auf das vom Kantonsrat am 29. März 2023 genehmigte Impulsprogramm SO!Digital 2023–2025 zurückzuführen (SGB 192/2022, Ausbau des Kompetenzzentrums Digitale Verwaltung).
- Bau- und Justizdepartement: Verschiedene Pensenverschiebungen in den Ämtern gleichen sich aus. Gesamthaft liegt der Pensenbestand 5,3 Stellen unter dem geplanten Wert (Abweichung 1,0 %).
- Departement für Bildung und Kultur: Der Pensenanstieg bei der Volksschule ist hauptsächlich im Anstieg der zu betreuenden Kinder begründet. Als Folge wurden auf das neue Schuljahr 2024/25 acht zusätzliche Klassen eröffnet.

Im Globalbudget Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen ist der Anstieg hauptsächlich auf die Umsetzung der Pflegeinitiative und eine neue Stelle Abteilungsleitung Mittelschulen zurückzuführen. Im Globalbudget Kultur und Sport sind die Pensen aufgrund von Pensenerhöhungen im Bereich Kulturförderung und von befristeten Pensenerhöhungen für die Erarbeitung der Strategie zur Förderung der Museen, Schlösser und Burgen im Kanton Solothurn angestiegen.

- Finanzdepartement: Das Globalbudget der Amtschreiberei-Dienstleistungen konnte vakante Stellen besetzen und hat damit den geplanten Stellenetat erreicht. Das Personalamt hat im Rahmen der Umsetzung der HR-Strategie einen geplanten Pensenaufbau realisiert. Das Amt für Informatik und Organisation konnte vakante Stellen besetzen und damit den geplanten Stellenausbau für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie realisieren.
- Departement des Innern: Der Pensenanstieg steht einerseits im Zusammenhang mit dem Pensenanstieg gegen Ende 2024 im Amt für Justizvollzug aufgrund der hohen Belegungszahlen in den Untersuchungsgefängnissen und der notwendigen Inbetriebnahme von zusätzlichen Haftplätzen. Andererseits wurde bei der Polizei Kanton Solothurn der bewilligte gestaffelte Pensenaufbau umgesetzt. Im Amt für Gesellschaft und Soziales erfolgten zudem befristete Anstellungen zur Bewältigung der hohen Fallzahlen im Bereich Asyl und Status S.
- Volkswirtschaftsdepartement: In der Führungsunterstützung VWD konnten in der Fachstelle Standortförderung und dem Sekretariat vakante Stellen wieder besetzt werden. Im Amt für Wirtschaft und Arbeit mussten die bundfinanzierten Pensen bei der Arbeitslosenkasse und den RAV auf 120,1 erhöht werden. Dies gegenüber dem Geschäftsbericht 2023 mit 115,9 Pensen. Gründe sind die steigende Arbeitslosigkeit und die erhöhten Kurzarbeitsentschädigungen. In der Landwirtschaft konnten die temporären Pensen für eine sechste Klasse im Herbst 2024 aufgehoben werden. Zudem waren Ende 2024 mehrere Pensen temporär vakant. Bei Militär und Bevölkerungsschutz wurde unter anderem das Anstellungsverhältnis der Fachfrau Kommunikation des Sonderstabs Energie vorzeitig beendet, eine Stelle in der Militärverwaltung wurde nicht wiederbesetzt und die Stelle des Leiters der Militärverwaltung blieb vakant. Das Pensum der Assistentin des Amtschefs wurde von 60 % auf 70 % erhöht
- Gerichte: Der Pensenbestand spiegelt den Stellenaufbau wider.

3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Arbeitgeberbeiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 90,4 Mio. Franken. Das entspricht 20,8 % der Besoldungskosten.

3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über den Nettoaufwand für die einzelnen Schultypen (in MCHF). Es handelt sich um Aufwendungen für die kantonalen Schulen, den Beitrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie die Kantonsbeiträge für Solothurner Studierende an den universitären Hochschulen.

Jahr	Volks- schulen	Mittel- schulen	Berufsfach- schulen	Fachhoch- schule	Universi- täten	Total
2019	196.9	49.0	43.2	37.2	32.4	358.7
2020	196.2	49.1	42.3	37.2	33.2	358.0
2021	204.1	50.0	42.3	37.6	35.3	369.3
2022	208.2	49.9	43.3	37.8	34.8	374.0
2023	225.4	51.8	44.6	37.8	33.6	393.2
2024	252.0	54.1	45.9	37.9	33.0	422.9

Die Abweichung zwischen den Rechnungen 2023 und 2024 beträgt 29,7 Mio. Franken oder 7,6 %.

Der Bereich Volksschulen ist gegenüber der Rechnung 2023 um 26,6 Mio. Franken oder 11,8 % angestiegen. Dieser Anstieg ist die Folge von mehr Schülerinnen und Schülern in den kantonalen Spezialangeboten (Anstieg von 11,0 Mio. Franken) und höheren Beiträgen an Gemeinden für die Schülerpauschale von 7,6 Mio. Franken. Die Mehraufwände im HPSZ lagen bei 7,4 Mio. Franken. Bei den Erträgen wirkte sich die schrittweise Reduktion der Gemeindebeiträge ab 2023 (RRB Nr. 2021/1871 vom 14. Dezember 2021) aus.

Der Anstieg bei den Mittelschulen zwischen den Jahren 2023 und 2024 lag bei 2,3 Mio. Franken oder 4,4 % und ist auf den Anstieg der Anzahl Schülerinnen und Schüler (Besoldungskosten von 1,1 Mio. Franken) sowie Anschaffungen, Unterhalt und Abschreibungen bei der Informatik zurückzuführen.

Der Anstieg bei den Berufsfachschulen um 1,3 Mio. Franken oder 2,9 % ergibt sich aus dem Anstieg der Anzahl Schülerinnen und Schüler (Besoldungskosten von 0,5 Mio. Franken) und dem Beitrag an die Höhere Fachschule für Technik Mittelland AG.

Der Beitrag an Universitäten liegt im Jahr 2024 0,6 Mio. Franken tiefer als im Jahr 2023. Die Anzahl der Studierenden an Universitäten, für welche der Kanton Beiträge leisten musste, ist um 17 Personen zurückgegangen.

3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung - verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits - hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in MCHF)	2020	2021	2022	2023	2024
Fremdkapital* inkl. Spezialfinanzierungen FK Spezialfinanzierungen (netto)	2'397.5	2'455.4	2'281.5	2'290.6	2'428.3
./. Finanzvermögen	1'103.9	1'256.9	1'323.8	1'291.4	1'450.2
Nettoverschuldung	1'293.6	1'198.5	957.7	999.2	978.1

*) ohne Darlehen der Landwirtschaftlichen Kreditkasse (2024 total 92,0 MCHF)

Die Nettoverschuldung 2024 hat gegenüber dem Vorjahr um 21,1 Mio. Franken abgenommen. Sie ist auf den Selbstfinanzierungsgrad von 133 % zurückzuführen.

3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes werden den Passivzinsen die Vermögenserträge gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2020 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in MCHF)	2020	2021	2022	2023	2024
Passivzinsen	22.8	23.2	21.2	21.3	20.9
Vermögenserträge*	6.1	6.2	7.8	10.9	9.5
Nettozinsaufwand bzw. -ertrag	16.7	17.0	13.4	10.4	11.3
Total Staatssteuern	851.4	864.0	898.3	911.3	955.7
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	2.0	2.0	1.5	1.1	1.2

*) exkl. Buchgewinne

Im Jahr 2024 wird ein Nettozinsaufwand von 11,3 Mio. Franken ausgewiesen (2023: 10,4 Mio. Franken). Die Zunahme ist hauptsächlich auf den tieferen Zinsertrag für Festgelder und das Wegfallen der Verzinsung auf Spezialfinanzierungen und Fonds zurückzuführen. Gemessen am Ertrag der gesamten Staatssteuer beträgt der Nettozinsaufwand 1,2 %, d.h. von 100 Franken Steuerertrag müssen 1,2 Franken für den Nettozinsendienst ausgegeben werden.

3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2024, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen Sachgüter, bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr und Investitionsbeiträge ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2024 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen in MCHF

	2023	2024
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1. Januar	1'282.6	1'294.5
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	82.1	63.4
Liegenschaftsübertragung an soH		
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	1'364.7	1'357.9
Ordentliche Abschreibungen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	70.2	65.7
Restbuchwert per 31. Dezember	1'294.5	1'292.2

Mit HRM2 wird das Verwaltungsvermögen im Gegensatz zur früheren Abschreibungspraxis von 10 % bzw. 100 % bei Spezialfinanzierungen nun linear auf der Basis der Nutzungsdauer je Anlagekategorie abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen. Auf dem abzuschreibenden Verwaltungsvermögen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge) wurden Abschreibungen von insgesamt 65,7 Mio. Franken vorgenommen.

Der Gesamtabschreibungssatz des Verwaltungsvermögens wird wie folgt berechnet:

Total abzuschreibende Aktiven	1'357.9
Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	65.7
Gesamtabschreibungssatz (in %) = $(65,7 \text{ MCHF} \times 100) / 1'357,9 \text{ MCHF}$	4.8%

3.4.2 Finanzvermögen

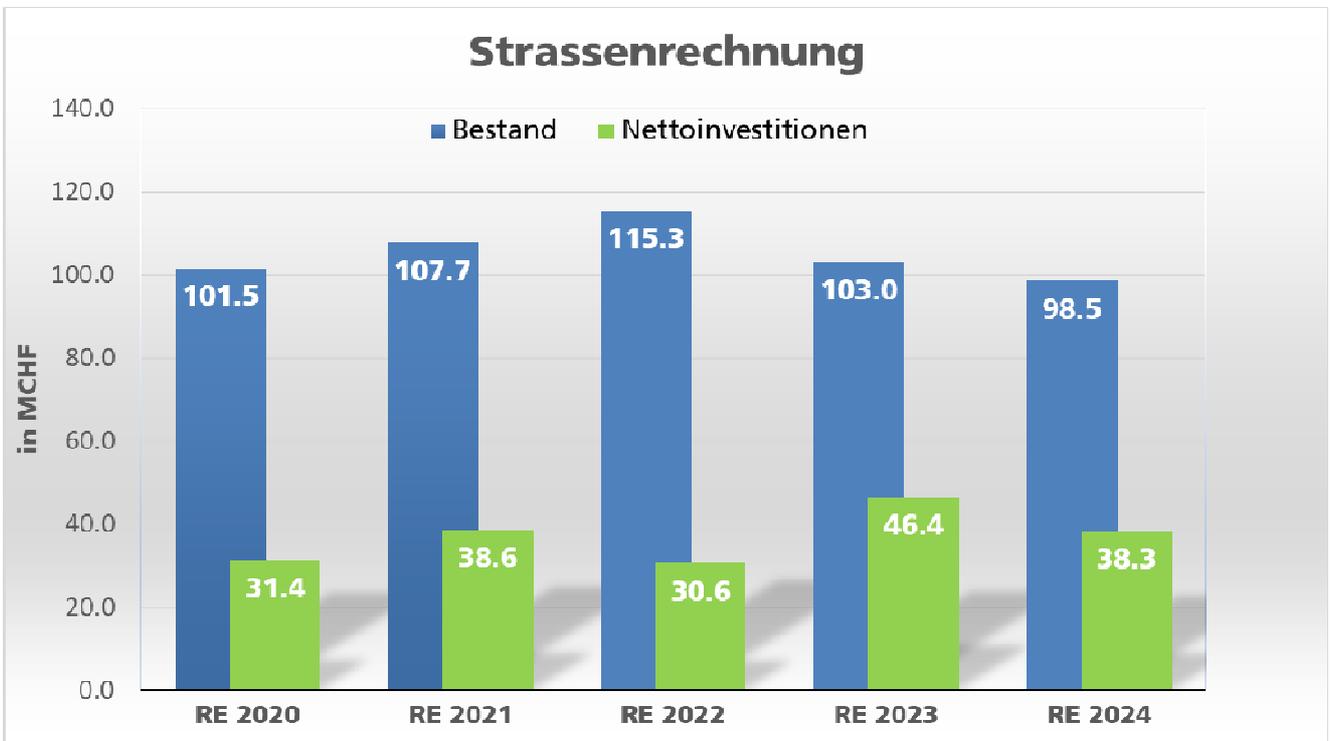
Auf dem Finanzvermögen mussten 2024 23,4 Mio. Franken abgeschrieben werden (Vorjahr: 22,8 Mio. Franken). Der grösste Teil entfällt auf das Steueramt:

	in MCHF
Uneinbringliche Steuerforderungen	15.6
Erlassene Steuerforderungen	0.4
Total	16.1

Die auf den Staatssteuern abgeschrieben Beträge machen 1,7 % des gesamten Staatssteuerertrages aus (Vorjahr 1,8 %).

Weiter mussten die Strafverfolgung und Justizadministration 4,0 Mio. Franken, die Gerichte 2,6 Mio. Franken, die Motorfahrzeugkontrolle 0,6 Mio. Franken und die Amtschreibereien 0,2 Mio. Franken abschreiben. Beim Amt für Wirtschaft und Arbeit konnten hingegen 0,3 Mio. Franken Bürgerschaftsverluste ausgebucht werden.

3.5 Strassenrechnung



Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Strassenrechnung gedeckt. Im Jahr 2024 wurden netto 36,4 Mio. Franken in den Kantonsstrassenbau und 2,0 Mio. Franken in Hochbauten (MFK/Werkhöfe/Salzlager) investiert. Aufgrund der entsprechend abgerechneten Bauarbeiten und den zweckgebundenen Einnahmen aus der Motorfahrzeugsteuer nehmen die Rücklagen für die Strassenrechnung im Jahr 2024 um 4,6 Mio. Franken ab und sinken auf 98,5 Mio. Franken per 31.12.2024. Das entspricht einer Abnahme von 4,4 % im Vergleich zu 2023.

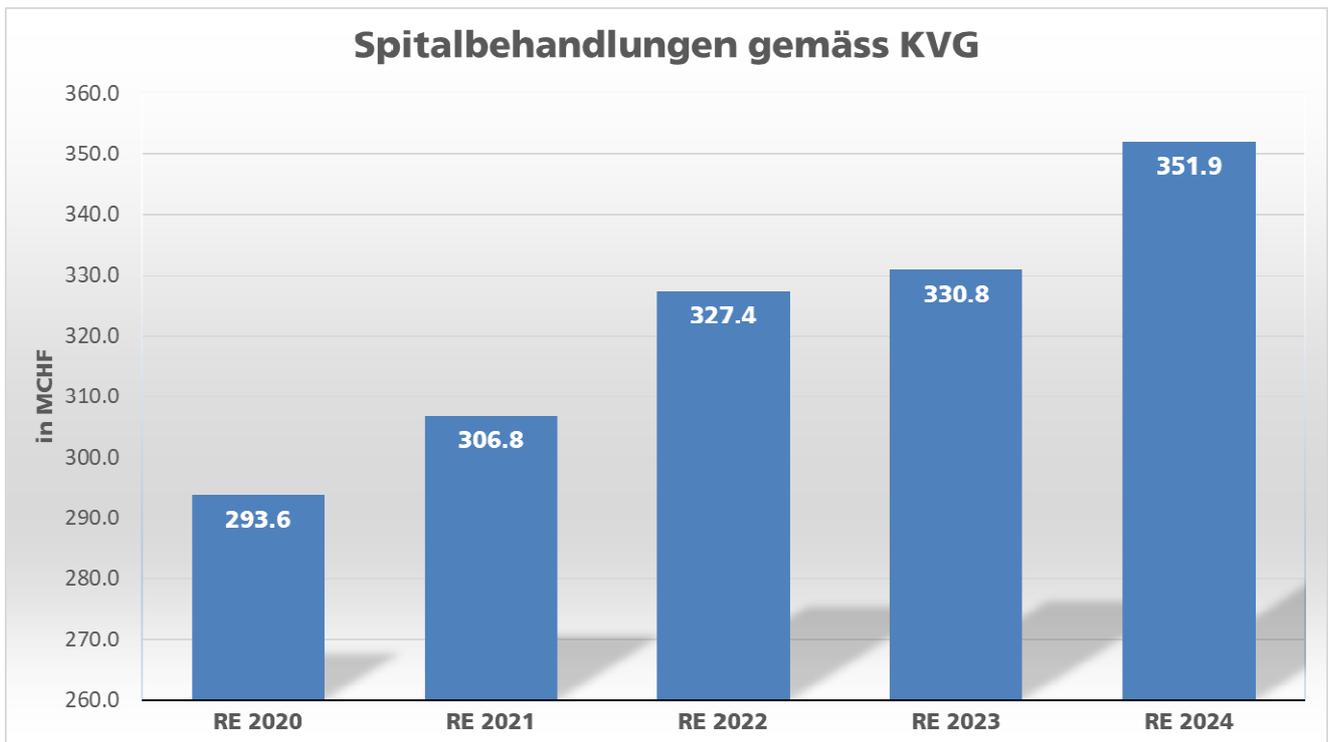
Der Bilanzfehlbetrag bei den Gesamtverkehrsprojekten steigt von 8,9 Mio. Franken auf 9,9 Mio. Franken. Die definitive Abrechnung soll bis Ende 2025 abgeschlossen sein.

3.6 Gesundheit

Die Kosten für den Bereich Gesundheit betragen 2024 einschliesslich Globalbudget 417,7 Mio. Franken, was im Vergleich zur Rechnung 2023 Mehrkosten von 22,6 Mio. Franken bedeutet. Gründe für diese Abweichung sind hauptsächlich die Finanzgrössen Spitalbehandlungen nach KVG (21,1 Mio. Franken) und Verlustscheine (0,9 Mio. Franken).

Die Kosten der Verlustscheine KVG entwickelten sich wie folgt (in MCHF):

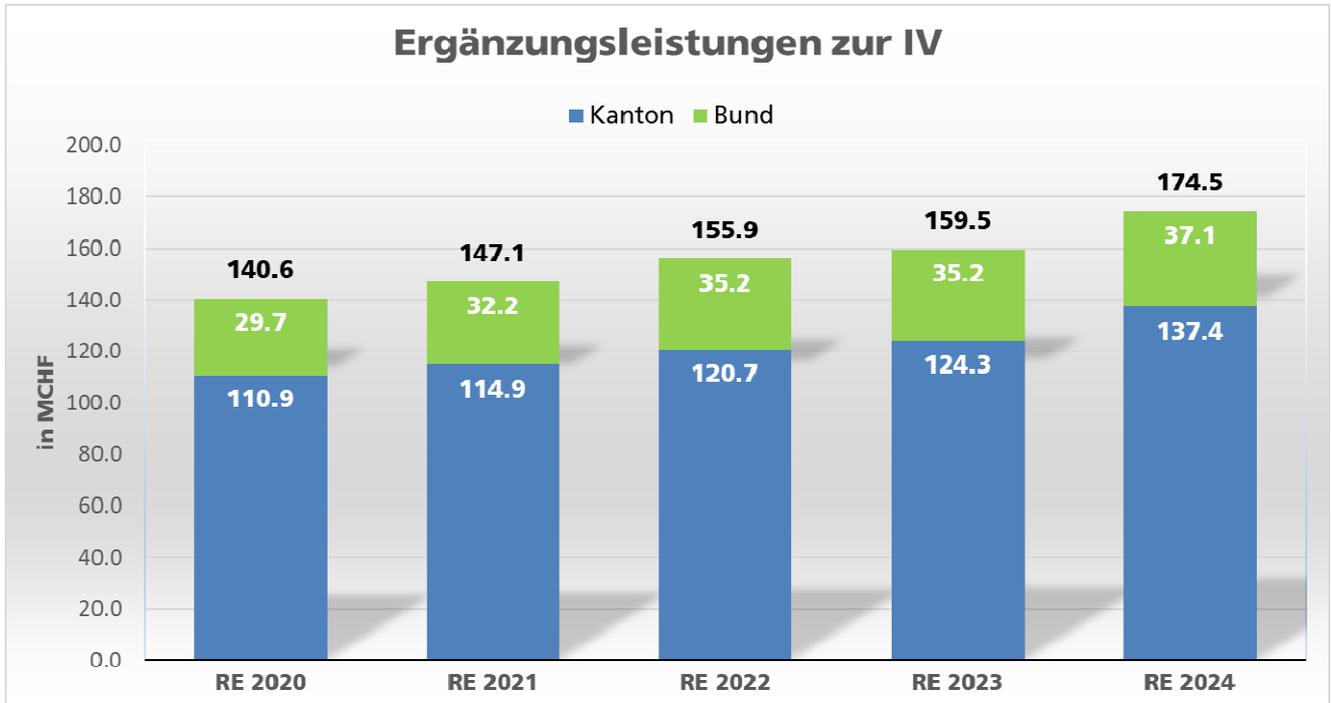
RE2020	RE2021	RE2022	RE2023	RE2024
12.3	11.0	11.0	11.6	12.5



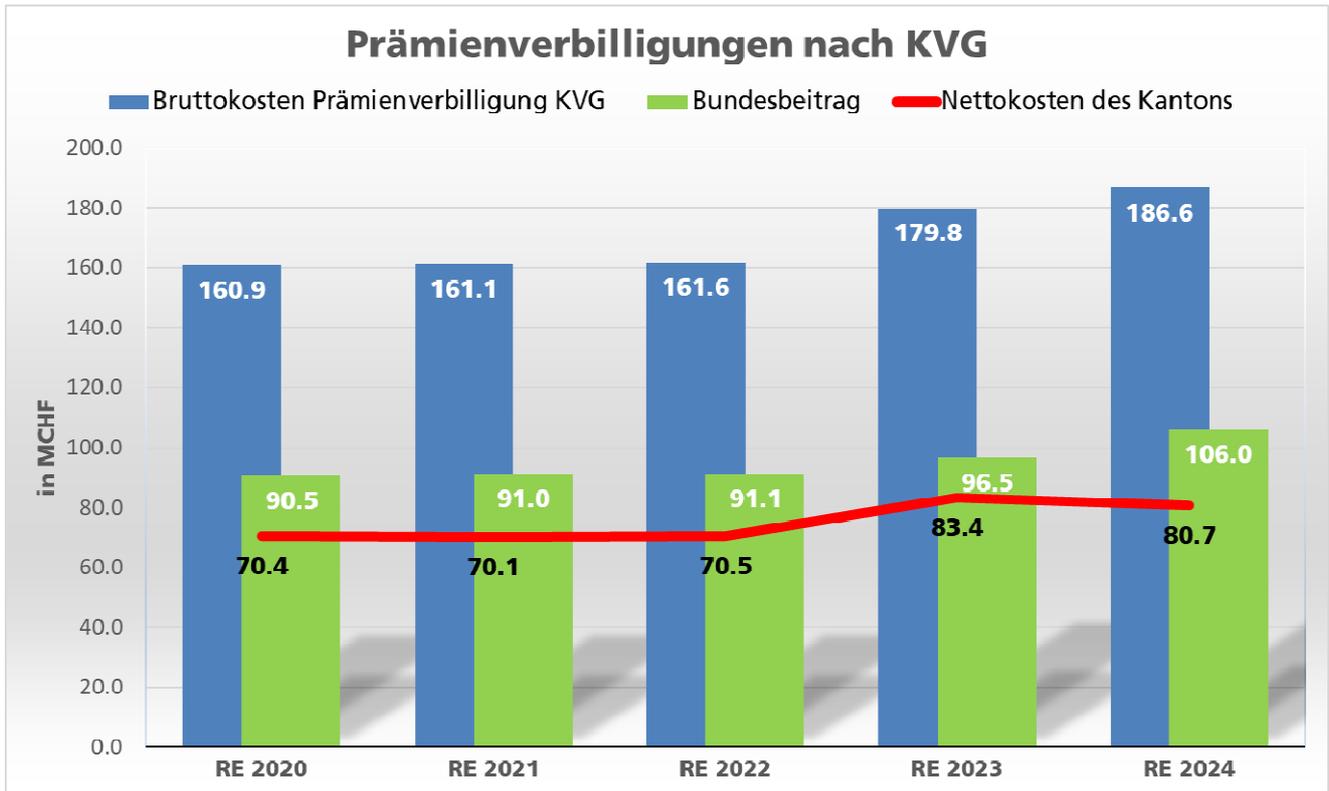
Die Kosten der Spitalbehandlungen gemäss KVG betragen 2024 351,9 Mio. Franken, was einer Erhöhung von 21,1 Mio. Franken respektive 6,4 % entspricht. Gegenüber dem Voranschlag 2024 entspricht dies einer Erhöhung um 6,9 Mio. Franken (2,0 %). Gründe dafür sind eine zu tiefe Abgrenzung für das Jahr 2023 und eine unerwartet starke Zunahme der Fälle im Jahr 2024.

3.7 Gesellschaft und Soziales

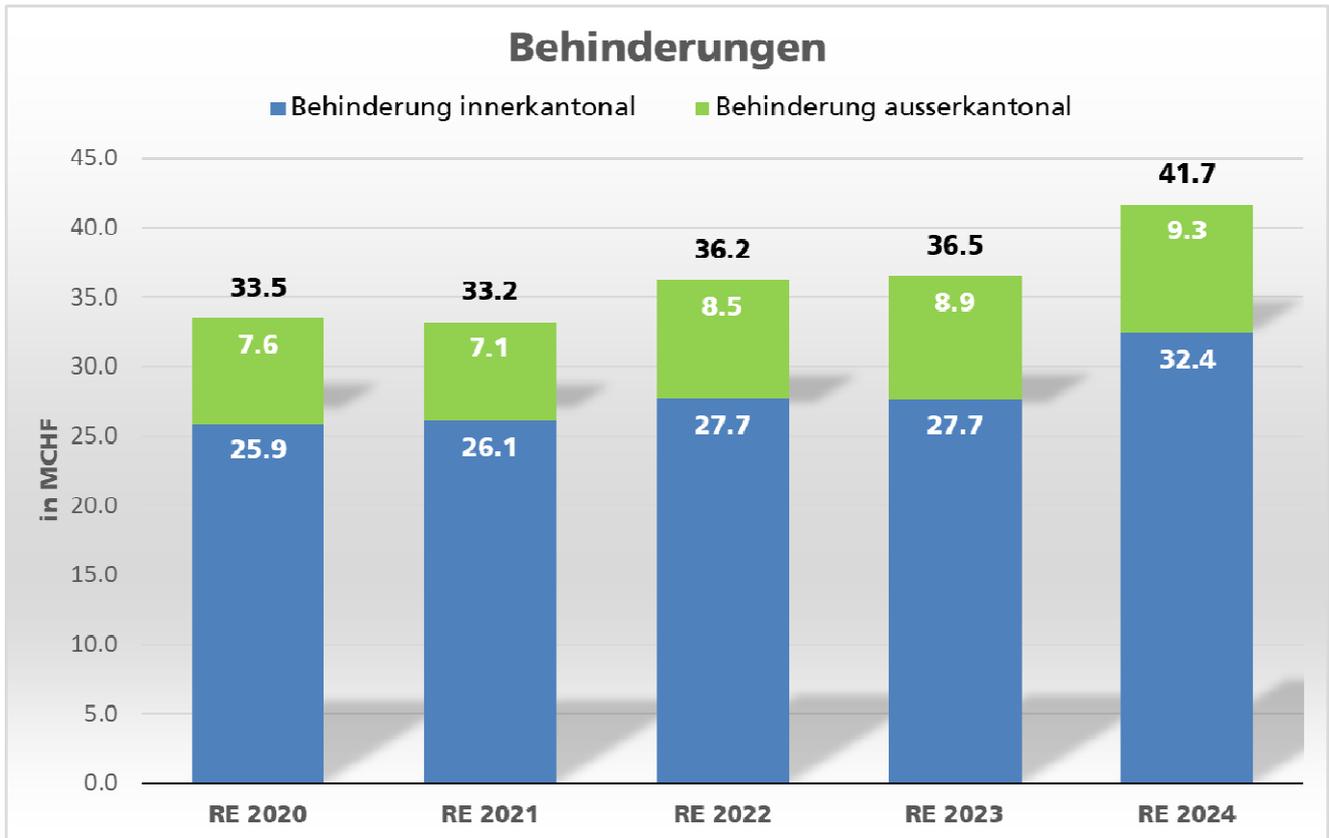
Die Kosten für die soziale Sicherheit betragen 2024 einschliesslich Globalbudget 305,6 Mio. Franken. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Kosten um 14,9 Mio. Franken. Gründe für diese Abweichung sind insbesondere Mehrkosten für die Ergänzungsleistungen zur IV (13,1 Mio. Franken) und die Behinderung inner- und ausserkantonale (5,2 Mio. Franken). Die Kosten für die Prämienverbilligungen nach KVG lagen unter dem Vorjahr (2,7 Mio. Franken).



Für den Kanton resultierten bei der Finanzgrösse «Ergänzungsleistungen zur IV inkl. Verwaltungskosten» Kosten in der Höhe von 137,4 Mio. Franken bei einem Ertrag (aus Beiträgen vom Bund) von 37,1 Mio. Franken. Der Aufwand zugunsten privater Haushalte betrug gesamthaft 174,5 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr sind die Kosten um 13,1 Mio. Franken gestiegen. Der Voranschlag 2024 wurde um 8,4 Mio. Franken überschritten. Die Leistungen stiegen insbesondere wegen hoher Neuanmeldungen und Pendenzenabbau deutlich.

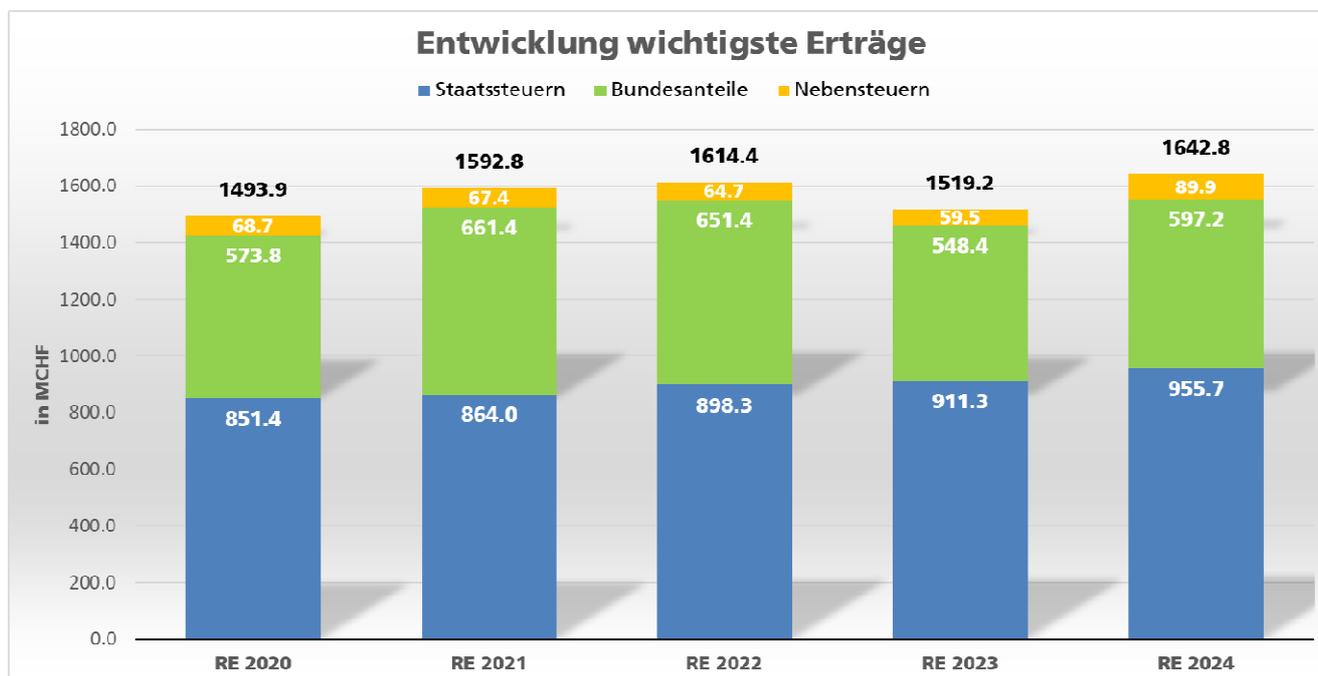


Für die Prämienverbilligung gemäss KVG inkl. Verwaltungskosten wurden 186,6 Mio. Franken aufgewendet. Der Bundesbeitrag betrug 106,0 Mio. Franken. Für den Kanton resultierten Kosten von 80,7 Mio. Franken. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Kosten um 2,7 Mio. Franken und lagen 5,9 Mio. Franken unter dem Voranschlag 2024. Rückerstattungen aus dem Vorjahr aufgrund eines Systemwechsels entlasteten die Rechnung. Für nicht ausbezahlte Beiträge wurde neu ein Ausgleichskonto eingerichtet. Dieses soll die erwarteten Mehrkosten infolge der Umsetzung des Gegenvorschlags zur Prämienentlastungsinitiative entlasten.



Für Beiträge an ausserkantonale Behindertenwohnheime und innerkantonale Werkstätten wurden im Geschäftsjahr 2024 41,7 Mio. Franken aufgewendet. Die Kosten für die Betreuung von Menschen mit Behinderungen sind um 5,2 Mio. Franken höher ausgefallen als im Vorjahr und lagen um 4,8 Mio. Franken über dem Voranschlag 2024. Gründe dafür sind Abgrenzungsdifferenzen, höhere individuelle Sonder- bzw. Mehrbedarf sowie zusätzliche Kosten aufgrund von Teuerung und leistungsbezogenen Mehraufwendungen.

4 Die grössten Ertragspositionen



Die grössten Ertragspositionen sind um 109,9 Mio. Franken bzw. 7,2 % höher ausgefallen als budgetiert. Gegenüber dem Voranschlag 2024 ergaben sich Mehrerträge bei den Staatssteuern (67,2 Mio. Franken), den Nebensteuern (30,4 Mio. Franken) sowie den Bundesanteile (12,3 Mio. Franken).

Gegenüber dem Vorjahr haben die wichtigsten Erträge um 123,6 Mio. Franken bzw. 8,1 % zugenommen. Im Vergleich zur Rechnung 2023 ergaben sich Mehrerträge bei den Bundesanteilen (48,8 Mio. Franken), den Staatssteuern (44,4 Mio. Franken) sowie den Nebensteuern (30,3 Mio. Franken).

4.1 Bundesanteile

Mit Einnahmen von insgesamt 597,2 Mio. Franken wurde der budgetierte Betrag von 584,9 Mio. Franken um 12,4 Mio. Franken bzw. 2,3 % überschritten. Eine Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ist, wie geplant, nicht erfolgt. 2024 fielen die Anteile an der Verrechnungssteuer (8,0 Mio. Franken) und an der Direkten Bundessteuer (3,4 Mio. Franken) höher aus als budgetiert. Im Vorjahr war das Gegenteil der Fall. Beide Positionen werden gemäss Angaben der Eidgenössischen Steuerverwaltung budgetiert und unterliegen teils hohen Schwankungen.

Gegenüber der Rechnung 2023 resultierte eine Verbesserung von 48,8 Mio. Franken. Diese Mehrerträge resultieren aus dem NFA (27,3 Mio. Franken), dem Anteil Verrechnungssteuer (12,4 Mio. Franken) sowie dem Anteil an der Direkten Bundessteuer (8,4 Mio. Franken).

Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in MCHF)	RE 20	RE 21	RE 22	RE 23	RE 24
- Reingewinn SNB	85.3	127.9	128.0	0.0	0.0
- Direkte Bundessteuer	83.0	80.1	78.7	87.6	96.0
- Verrechnungssteuer	10.3	31.7	13.7	14.2	26.6
- NFA-Ressourcenausgleich	371.5	392.5	390.5	407.9	394.2
- NFA-sozio-demo. Lastenausgleich	3.4	7.4	8.3	9.2	9.4
- NFA-Härteausgleich	-2.9	-2.7	-2.5	-2.4	-2.2
- NFA-Ergänzungsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	42.8
- NFA: Abfederungsmassnahmen	0.0	0.0	10.6	8.5	6.4
- Anteil EU-Zinsbesteuerung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- Rückerstattung CO2-Abgabe	0.2	0.1	0.3	0.3	0.3
- Mineralölsteuer	7.8	8.4	8.0	7.8	7.8
- LSVA	12.9	13.7	13.5	13.0	13.8
- Globalbeitrag Hauptstrassen	2.3	2.3	2.3	2.3	2.3
Total	573.8	661.4	651.4	548.4	597.2

2024 erhielt der Kanton Solothurn zum ersten Mal Ergänzungsbeiträge aus dem NFA. Zusammen mit den Abfederungsmassnahmen werden damit die finanziellen Auswirkungen aus der Reduktion der Mindestausstattung auf 86,5 % für ressourcenschwache Kantone gedämpft. Diese Ausgleichszahlungen werden gemäss aktueller Prognose bereits 2027 ganz wegfallen.

4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern setzt sich wie folgt zusammen:

Staatssteuern (in MCHF)	VA24	RE 24	Diff. abs.	Diff. %
- Staatssteuer nat. Personen	749.8	794.3	44.5	5.9
- Staatssteuer jur. Personen	93.1	108.7	15.6	16.8
- Quellensteuer	26.0	28.4	2.4	9.2
- Grundstückgewinnsteuer	10.3	13.3	3.0	28.9
- Finanzausgleichssteuer	9.3	11.0	1.7	18.5
Total	888.5	955.7	67.2	7.6

Staatssteuern nat. Personen: inkl. Erträge aus Vorjahren, Grenzgängerbesteuerung, Kapitalabfindungssteuer und Liquidationsgewinnsteuer; netto (Gesamterträge abzüglich Anteiles des Bundes und der Gemeinden)

Staatssteuern jur. Personen: inkl. Erträge aus Vorjahren

Mit 955,7 Mio. Franken fällt der Gesamtertrag der Staatssteuern um 67,2 Mio. Franken bzw. 7,6 % höher aus als im Voranschlag angenommen. Alle Steuerbereiche haben die Erwartungen übertroffen.

Bei der Staatssteuer der natürlichen Personen (NP) übertreffen die Erträge der Steuerperiode 2023 trotz des höheren Kinderabzugs die Erwartungen deutlich, was sich positiv auf den Staatssteuerertrag 2024 auswirkt. Zudem wurde im dritten Quartal 2024 ein ausserordentlicher Einzelfall veranlagt, der 5,9 Mio.

Franken Steuerertrag einbrachte. Dadurch liegt die Staatssteuer NP um 5,9 % über dem geplanten Wert.

Die Staatssteuer der juristischen Personen (JP) beläuft sich auf 108,7 Mio. Franken und übersteigt den Voranschlag um 15,6 Mio. Franken (16,8 %). Hauptgrund für diesen Anstieg ist ein erheblicher Mehrertrag eines bedeutenden Steuersubjekts.

Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2020–2024:

Staatssteuern (in MCHF)	RE 20	RE 21	RE 22	RE 23	RE 24
- Staatssteuer nat. Personen	727.5	743.4	754.1	754.3	794.3
- Staatssteuer jur. Personen	77.0	70.3	94.7	102.8	108.7
- Quellensteuer	30.0	30.4	27.2	28.3	28.4
- Grundstückgewinnsteuer	9.1	12.8	12.7	15.4	13.3
- Finanzausgleichssteuer	7.8	7.1	9.6	10.4	11.0
Total	851.4	864.0	898.3	911.3	955.7

Staatssteuern nat. Personen: inkl. Erträge aus Vorjahren, Grenzgängerbesteuerung, Kapitalabfindungssteuer und Liquidationsgewinnsteuer; netto (Gesamterträge abzüglich Anteiles des Bundes und der Gemeinden), Steuersatz 2020-2024 = 104 %
Staatssteuern jur. Personen: inkl. Erträge aus Vorjahren

Gegenüber dem Vorjahr ist der Ertrag der Staatssteuern um 44,4 Mio. Franken bzw. 4,9 % gestiegen. Sowohl die Steuererträge natürlicher als auch juristischer Personen verzeichneten ein Plus – und das bei gleichbleibenden Steuerfüssen. Zudem haben einmalige Ereignisse das Ergebnis positiv beeinflusst.

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Steuerausstand beträgt zum Jahresende 2024 364,6 Mio. Franken und liegt damit um 23,8 Mio. Franken bzw. 7,0 % über dem Vorjahreswert. Dieser Anstieg ist auf das neu eingeführte Ratensystem zurückzuführen, bei dem die letzte Rate erst am 31. Dezember fällig ist. Der höhere als geplante Ausstand resultiert daraus, dass die dritte Rate valutamässig erst im Januar 2025 verbucht wurde.

Steuerausstand (in MCHF)

31.12.2017	302.2
31.12.2018	313.3
31.12.2019	353.6
31.12.2020	325.8
31.12.2021	317.8
31.12.2022	333.5
31.12.2023	340.8
31.12.2024	364.6
Veränderung 2024	+23.8

4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2024 fiel 30,4 Mio. Franken bzw. 51,0 % höher aus als budgetiert.

Nebensteuern (in MCHF)	VA24	RE24	Diff. abs.	Diff. %
- Handänderungssteuer	30.0	30.0	0.0	0.2
- Erbschaftssteuer	21.0	47.0	26.0	123.8
- Nachlasssteuer	7.0	9.9	2.9	41.0
- Schenkungssteuer	1.5	2.9	1.4	96.0
Total	59.5	89.9	30.4	51.0

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2020 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern (in MCHF)	2020	2021	2022	2023	2024
- Handänderungssteuer	33.3	36.2	32.9	29.0	30.0
- Erbschaftssteuer	26.9	21.7	21.8	20.6	47.0
- Nachlasssteuer	7.1	7.3	7.8	8.9	9.9
- Schenkungssteuer	1.4	2.2	2.2	1.1	2.9
Total	68.7	67.4	64.7	59.5	89.9

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt 30,4 Mio. Franken bzw. 51,1 % über dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Jahr 2023 gab es deutlich mehr Erbschaften, welche eine Erbschaftssteuer von über einer Million Franken generiert haben.